

Ercheint täglich außer Montags. Preis v. 20 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 8.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Volk-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfsprachige Zeitschrift oder deren Raum 45 Pf. für Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 19. Juli 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Gegen die Umstürzler und Ordnungsbandiden!

Stambulow ist todt. Die Kreaturen und Söldlinge der russischen Diplomatie und des heiligen Jars haben gut gehauen und gestochen. Geben wir zunächst der Reihenfolge nach die eingelaufenen Depeschen:

Sofia, 17. Juli. Die Ärzte öffneten heute Vormittag den Verband am Kopfe Stambulow's und fanden die Wunde sowie den allgemeinen Zustand zufriedenstellend. Am Nachmittag versiel Stambulow in Apasie, um 8 Uhr war seine Temperatur 39 Grad, später fiel sie jedoch. Das rechte Auge ist ernstlich beschädigt. In Regierungskreisen versichert man, daß sich der Verdacht auf Polew (Galu) lenke, den Stambulow selbst als einen der Mörder bezeichnet hat. Galow, der bis vor kurzem hier wohnte, ist gegenwärtig nicht auffindbar. Der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter verweigern jede Auskunft in dieser Angelegenheit.

Sofia, 17. Juli. Meldung der „Agence bulgariane“: Nach dem heute 6 Uhr ausgegebenen Bulletin ist das Befinden Stambulow's ungünstig; eine Wunde zeigt Brand-Symptome, die Temperatur ist neuerlich auf 39 Grad gestiegen.

Sofia, 17. Juli. Wie die „Agence bulgariane“ meldet, konstatirt ein authentischer Bericht über die Verhaftung des Bedienten Stambulow's, daß der vor dem Unionklub postierte Gendarm wie gewöhnlich dem Wagen Stambulow's von weitem folgte. Als er den Schuß hörte, lief er hinzu und sah den Wagen im Galopp davonjagen, während ein von einem anderen Manne, welcher einen Revolver in der Hand schwang, verfolgt in eine Seitengasse einbog. Der Gendarm gab das Alarmsignal auf der Signalpfeife und folgte den Flüchtigen in die Straße, in welche sie eingebogen waren, die von der „6. Septemberstraße“ gekrenzt wird; an der Kreuzung befindet sich das Palais des Ministerrathes. Da der Postmarschall Jarras sich gerade beim Ministerpräsidenten Stoulow befand, wartete am Thore des Ministerialgebäudes ein Gendarmier-Untersoffizier, der durch das Alarmsignal aufmerksam gemacht, auf die beiden Flüchtigen zulief, während ein anderer Gendarm in demselben Augenblicke aus der „6. Septemberstraße“ herbeikam. Alle drei Gendarmen nahmen nunmehr den Bedienten Stambulow's fest, in dem Glauben, daß er der Angreifer sei. Selbst der vom Unionklub gekommene Gendarm sagt aus, er habe nichts von dem Attentat gesehen; er habe geglaubt, es handele sich um eine Kauferei zwischen den beiden stehenden Personen. Kapitän Morfow und zwei andere Personen, deren einer der Generalsekretär Bencow war, sahen den Vorfall vom Fenster eines Hauses mit an. Morfow begab sich auf die Straße, ohne eine Ahnung von dem Attentat zu haben. Als er den Bedienten Stambulow's, den die drei Gendarmen sich zu entwaffnen bemühten, erkannte und ohne Erfolg einige Fragen an denselben gerichtet hatte, befahl er, ihn nach der Polizeistation abzuführen. Erst eine Viertelstunde später erhielt man im Präsidium des Ministerrathes Kenntnis von dem Mordanschlag. Morfow befreit auf das entschiedenste, daß er auf den Bedienten Stambulow's losgeschossen habe. Eine wichtige Frage ist es nunmehr, festzustellen, ob letzterer, wie er gethan zu haben vorgiebt, gesagt hat, daß er die Mörder verfolgte; die Gendarmen besritten dies und Kapitän Morfow versichert, daß der Bediente allen an ihn gerichteten Fragen gegenüber stumm blieb.

Wien, 17. Juli. Ueber das Attentat gegen Stambulow meldet das „Neue Wiener Tageblatt“ noch folgendes: Vor dem Unionklub war außer dem gewöhnlich dort postirten Wachmann noch ein berittener Polizist aufgestellt; beide hatten den Auftrag, dem Wagen Stambulow's thunlichst zu folgen. Als Stambulow und Petkow den Klub verließen, war der berittene Polizist merkwürdigerweise verschwunden, was der Untersuchungsrichter Zikonowow hervorhebt. Mehrere Augenzeugen gaben eine ziemlich genaue Beschreibung von den Attentätern, welche aber niemand früher gesehen haben will. Die Petkows bestimmt behauptet, befand sich der ihm bekannte Tischlermeister nicht unter den Mördern. Gegen Galow wendet sich auch aus anderen Gründen, als daß ihn Stambulow als einen der Mörder bezeichnet, der Hauptverdacht. Entgegen der allgemeinen Ansicht, daß die Attentäter unentdeckt bleiben dürften, hofft der Untersuchungsrichter Zikonowow zuversichtlich, die Mörder ermitteln zu können.

Wien, 18. Juli. Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet aus Belgrad, einem Berichte aus Sofia zufolge wäre die Polizei einem der Mörder Stambulow's auf der Spur, derselbe sei über Serbien nach Agram geflüchtet; ein Individuum, welches vorgestern Nachmittag von Sofia kommend, diese Route nahm, sei von der serbischen Polizei nicht angehalten worden, da es mit einem ordnungsmäßigen bulgarischen Paß versehen war.

Sofia, 18. Juli. Stambulow ist heute früh 3 Uhr 35 Minuten gestorben.

Sofia, 18. Juli. Stambulow lag seit gestern Abend 10 Uhr in Agonie, ohne ein Wort zu sprechen. Einige Vertreter ausländischer Mächte waren bei seinem Tode anwesend.

„Väterchen“ kann zurechen sein. „Der Finger der Vorsehung“, untersüht durch russische Kugel, Folche und Revolver, hat seine Schuldigkeit getan. Hätte die Untersuchung nicht ausgereicht, so war Gift und Dynamit in Reserve — Kulturträger, an denen das Arsenal der russischen Diplomatie reich ist.

Wie kann das zivilisirte Europa sich gegen diese Ordnungsbandiden schützen, die nicht bloß das Leben der friedlichen Bürger, sondern auch den Weltfrieden bedrohen?

Die Mörder Stambulow's sind an derselben Krippe gefüttert, wie der berühmte Bombenbaron Jagolkowski, der seit Jahren das mittlere und westliche Europa bereist, um Dynamit- und sonstige Attentate vorzubereiten und den Umstürzern von oben Wasser auf die Mühle zu leiten?

Wo sind die wahren Umstürzler? Und wer sind die wahren Umstürzler?

Die zersehte Leiche Stambulow's giebt die Antwort und niemand, der nicht ein siebenfaches Brett vor dem Schabel hat, kann die Antwort mißverstehen.

Welches Geschrei war das, als vor dreizehn Monaten ein Wahnsinniger den Präsidenten der Republik Frankreich erstach!

Das Verbrechen, welches die Ordnungsbandiden soeben in Sofia verübt haben, ist hundertmal verbrecherischer.

Treffend schreibt die „Wostokische Zeitung“ unter der Ueberschrift „Mordanschlag und Umsturzgesetz“: Noch ist wenig über ein Jahr vergangen, seit Sadi Carnot

unter dem Dolch eines wahnwichtigen Meuchelmörders sein Leben ließ. Ein hiruerverbrannter Italiener war vom religiösen Schwärmer zum anarchischen Bravo geworden, und deshalb stimmte ein großer Theil der mittelparteilichen Presse in Deutschland ein Geschrei an, als sei jedes Staatsoberhaupt, jeder Minister in Lebensgefahr, als sei die öffentliche Ordnung, die Sicherheit der Person und des Eigenthums aufgehoben, wenn nicht schleunigst einschneidende Maßnahmen gegen den „Muth der Kaltblütigkeit“ bewahrt, wurde angegriffen, als sei er ein unbewußter Gönner des Anarchismus.

Jetzt ist der nichtswürdige Anschlag auf Stambulow verübt worden. Die Ermordung des Präsidenten der französischen Republik war die That eines Einzelnen. Der Ueberfall von Sofia ist die Frucht eines Komplotts. Caserio ist ergriffen worden. Die Mordbuben, die den bulgarischen Staatsmann maffacirten, sind entflohen. Zur Verfolger wurde verhaftet, die Regierung wäscht ihre Hände in Unschuld. Noch haben wir in nationalliberalen Blättern nicht gelesen, daß man in Deutschland ein Umsturzgesetz machen müsse, weil in Sofia Blut geflossen ist. Aber in der Anschlag auf Stambulow weniger ein politisches Verbrechen als der auf Carnot? Sind Religion, Sitte und Ordnung in dem einen Falle weniger verächtlich als in dem anderen? Und wenn man ein Verbrechen einer ganzen Partei zur Last legen dürfte, könnte man es heute weniger als im vorigen Jahre?

Nein — weit mehr! Und nicht bloß einer ganzen Partei, sondern einem ganzen System! Und nicht bloß mit insamer Heuchelei wider besseres Wissen, sondern mit vollem Bewußtsein und aus bester Ueberzeugung!

Caserio war ein Wahnsinniger, den die anarchistische Polizeipolitik zum Mörder gemacht hat.

Die Mörder Stambulow's handelten im Interesse einer bestimmten Politik, nach Plan und Methode. Wir kennen die Hände, die ihnen den Dolch geschliffen, ihnen die Revolver geladen haben. Die Herren Pittow und Jonin — der erste Gesandter Rußlands in Bukarest, der zweite Generalkonsul Rußlands in Saloniki — haben die Geheimnisse der russischen Politik ansgelaudert; und daß die Bekennnisse dieser schönen Seelen ans Licht der Sonnen gelangt sind, das verdanken wir Stambulow, der die Briefe der Oeffentlichkeit übergab. Die anarchistischen Attentate Rußlands in Bulgarien sind geschichtsunwürdig. Und liegen uns jene Legenden — „hinten in der Türkei“ — etwas fern, so sind die Thaten des russischen Bombenbarons und wieder ins Gedächtniß rufen — hat erwiesenermaßen in Belgien Tugende von Dynamit-Attentaten verübt, er hat in Frankreich und der Schweiz zu Attentaten geheilt und hat, wie mit Bestimmtheit anzunehmen, auch in Deutschland „verbrecherische Beziehungen“ unterhalten.

Der Mensch ist von der westeuropäischen Polizei nicht lebendig worden — ein belgisches Gericht hat ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt — er

### Berliner Märzlage. (Nachdr. verb.)

Eine geschichtliche Erzählung von Michael Deutsch.

„Majestät, ich sehe die Krone auf Ihrem Haupt wanken!“ rief er unerschrocken dem eintretenden König entgegen.

Entsetzen ergriff die umstehenden Offiziere.

„Wie können Sie es wagen, Herr Major,“ fuhr einer derselben den lähnen Sprecher an, „sich in einem so unehrerbietigen Tone gegen Se. Majestät zu äußern?“

Winde aber ließ sich durch die glatte Höflingschaar nicht einschüchtern.

„Majestät,“ fuhr er mit nachdrücklichem Ernste fort, „nur Wahrheit, die ganze, unverhohlene Wahrheit vermag jetzt Sie, den Thron und das Reich zu retten. Von Ihnen, meine Herren,“ sagte er, zur Umgebung des Königs gewandt, „hat dem Könige keiner die Wahrheit zu sagen den Muth gehabt. Es ist an der Zeit, nichts länger zu hemmeln und zu vertuscheln; wir müssen sprechen, müssen handeln.“

Die Antwort des Königs auf die Worte des Majors bestand, zum höchsten Erstaunen der Höflinge, in einer Einladung zum Souper. Als Winde die ausschlug, forderte der König ihn auf, sich am nächsten Tage wieder im Schlosse sehen zu lassen.

Der nächste Tag war der Tag des Entscheidungskampfes, der 18. März. Zum höchsten Verdruß jener Partei, die den König als Werkzeug ihrer volksfeindlichen Pläne zu benutzen trachtete, blieb Winde an diesem Tage als freiwilliger Rathgeber an der Seite des Königs. Er war es, der ihn darüber aufklärte, daß nicht die Hefe der Bevölkerung, nicht eine Motte von Bösewichtern, zumeist aus Fremden bestehend, hinter den Barrikaden stand, sondern vielmehr das Volk von Berlin in seiner Gesamtheit, so einmüthig und geschloffen, wie es seit Gründung der Stadt noch niemals aufgetreten war.

Die Winde, hie Prinz von Preußen — so lautete in der verhängnißvollen Nacht zum Sonntag die Forderung der beiden sich erbittert bekämpfenden Schlagparteien. Und Winde siegte mit seinen Argumenten: Der Prinz ging „mit einem Auftrage des Königs“ zu Schiff nach England. Winde selbst erhielt den Befehl, bis zur Einschiffung des Prinzen nicht von dessen Seite zu weichen.

Der souveräne König hatte sich entschlossen, mit der Revolution zu paktiren. Er wußte jetzt, wessen er sich von seinen Residenzlerren zu versehen hatte. Als ein Abgesandter von der Partei der „Besonnenen“ ihm warnend zurief, daß es sich „nicht nur um seine königliche Krone, sondern vielmehr um die Dynastie der Hohenzollern überhaupt“ handele, da antwortete er ohne Umkehr: „Ich weiß, was auf dem Spiele steht.“ Die Reitpferde des Königs standen gesattelt im Schloßhofe und zur Bedeckung hielten sich 24 Mann der Leib-Gendarmarie bereit. Auch für die Königin stand der Reisewagen angespannt. Die Kammerdienerschaft war zum großen Theil bereits nach Potsdam abgegangen.

Aber bevor er die Flucht ergriff, wollte der König noch einmal den Weg der friedlichen Verhandlung einschlagen und zu diesem Zweck mußte zunächst das Feuer der Truppen zum Schweißen gebracht werden. Schon in der ersten Morgenstunde hatten die Warden fast auf allen Punkten des Schlachtfeldes das Schießen eingestellt. Nach einer längeren Pause waren sie dann gegen drei Uhr morgens noch einmal in der Friedrichstraße und am Alexanderplatz zur Attade vorgegangen, allein mit blutigen Köpfen mußten sie sich in ihre alten Stellungen zurückziehen. Um fünf Uhr morgens ging vom Schlosse der Befehl an sämtliche Truppen: sie sollten nicht mehr angreifen, sondern in ihren Stellungen ruhig verharren.

Die Straßenkämpfe waren damit thatsächlich beendet — der König hatte mit der „traditionellen Offensive“

gebrochen und einen maskirten Rückzug angetreten, aber noch fehlte ihm der Muth zu dem Eingeständniß dieser Thatfache: noch suchte er in dem salbungsvollen Tone der alten Zeit wenigstens den Schein seines königlichen Patriarchenthums zu retten. Während das Sturmgeschrei der Glocken, vermischt mit den letzten Salven der angreifenden Truppen, durch die helle Mondnacht klang, während Schwärme von abgesetzten und designirten Ministern, von Prinzen, Generalen, Höfingen und Lakaien, von Deputirten der Bürgerschaft, der Universitäts-, der städtischen Korporationen in den Gemächern des Schloßes durcheinander schwirrten und die Schloßhöfe in ein Bivouak, die Schloßkeller aber in ein großes, dumpfes Gefängniß umgewandelt waren, sah der gekrönte Romantiker beim Kerzenschein an seinem Schreibtisch und suchte in einem schwärmerischen Aufstuf an seine lieben Berliner“ zum letzten Mal sich im schwindenden Glanze eines unumschränkten Gottesgnadenthums zu sonnen.

Von seiner eigenen „treuen Gesinnung“, von „freien Forderungen höherer Ruhesünder“, von einer „Motte von Bösewichtern“, welche die treuen Soldaten beleidigt und die erhiteten Gemüther mit Rachegeboten erfüllt hätten“, von dem „siegreichen Vordringen der Truppen“ endlich war in diesem merkwürdigen Schriftstück die Rede.

„Erkennt den unseligen Irrthum,“ fuhr der Verfasser in rührungsvollem Tone fort, „Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum. Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entfendet an mich Wänner, voll des echten Berliner Geistes, mit Worten, wie Sie sich Euerem Könige gegenüber gezeimen, und Ich gebe Euch mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze soalich von den Truppen geräumt werden und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schloßes, des Zeughauses und weniger anderer, und da auch nur auf kurze Zeit, beschränkt

flüchtet sich nach Russland und die russische Polizei sprengt das Gerücht aus, sie habe ihn gefangen und er sei zu 20-jähriger Kerker verurtheilt worden — schickt ihn aber nach Westeuropa zurück, wo er jetzt neue anarchistische Attentate vorbereitet.

Wo sind die Umstürzler? Wer sind die Umstürzler? Die Brotherrn des Bombenbarons sind auch die Brotherrn der Mörder Stambulows. Soll Europa diesen Ordnungsbandiden und Umstürzler hilflos preisgegeben sein?

Und wie schon gesagt, nicht bloß das Leben der Bürger ist durch diese Verbrecher bedroht, auch der Weltfriede. Stambulow stand der russischen Eroberungspolitik im Weg. Er wollte aus Bulgarien einen Damm machen, den die russischen Heere nicht überschreiten konnten. Unser Mann war er gewiß nicht. Der „Vorwärts“ hat ihn wegen seines brutalen Vorgehens gegen die Sozialisten an den Pranger gestellt. Auch er ist am Sozialismus zu Grunde gegangen — ein Schicksal, das jeden Staatsmann trifft, der den Sozialismus nicht begreift und ihn zu vernichten sucht. Aber indem Stambulow der russischen Eroberungslust ein Halt! zurief, leistete er der Zivilisation einen Dienst. Und um dieses Dienstes willen ist er ermordet worden.

Ob die Nordbuben ihren Zweck erreicht haben, das wird die Zukunft entscheiden. Möglich, daß der todte Stambulow ein gefährlicherer Feind wird, als der Lebende es war.

Wie dem sei, wird Europa sich aufrufen zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Ordnungsbandiden und Umstürzler?

Welche Frage!  
Vor wenig Monaten lief Europa — das Deutsche Reich voran — hinter „Väterchen“ her, und holte ihm in Ostasien demüthig die Kastanien aus dem Feuer.

Und die Verursacher der deutschen Umstürzbewegung des vorigen Jahres waren stolz auf den Bruderkuß und Segen der Brotherrn jener Nordbandiden und Umstürzler.

Wer und wo sind die Umstürzler?

### Bum Agrarprogramm.

Auch heute veröffentlichen wir wieder eine Reihe von Urtheilen, die in der bürgerlichen Presse über den Entwurf der Agrarkommission gefällt werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ äußert sich folgendermaßen über den Entwurf:

Manches von dem Beforderten ist schon längst entweder ganz oder theilweise durchgeführt; so die Erhaltung des Staatsgrundbesitzes, Genossenschaftskredit, Verstaatlichung der Bahnen u. s. w. Dann hat sich die Sozialdemokratie bisher gegen einzelnes, wie z. B. gegen das letztere, ablehnend verhalten, eben weil alle derartige Verstaatlichungen nur dazu dienen, den gegenwärtigen Staat zu stärken. Schließlich — und das ist das wichtigste — enthalten alle Nummern nichts spezifisch sozialdemokratisches. Man kann vieles als wirtschaftlich verkehrt beklampfen, aber manches wird den nothleidendsten unserer Agrarier wie eine ganz wohlthätige Zukunftsmusik ertönen, z. B. die Nummern 15 und 16. Und das ist auch unverkennbar die Absicht, die von der Sozialdemokratie mit diesem Programm verfolgt wird. Man will die Landleute gewinnen und bindet sich vor das Medusenhaupt eine leidlich ansehende Maske. — — Das neue Programm ist ein Konglomerat von Forderungen, die der schon bestehenden Gesetzgebung oder den Programmen anderer Parteien entlehnt sind, nur hier und da kommt der „Sozialismus“ zum Vorschein. — — Wie halten es für verfehlt, auch jetzt wieder mit einer gewissen Genugthuung von einer „Mauerung“ der Sozialdemokratie nach der „Staatsverhaltenden“ Seite hin zu reden. Das ist ja längst bekannt, daß auch in der deutschen Sozialdemokratie Possibilisten oder Opportunisten neben den Prinzipientreuen sich finden. Aber in ihren Zielen sind sie sich völlig eins. Es gilt die Vernichtung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Nur glauben die einen dies auf dem Wege offener Bekämpfung unter zielbewußter, aufreizender Erziehung der Massen zu erreichen; während die anderen unter vorläufiger Schonung der „antifortschrittlichen“ Schicht und unter vorsichtiger Verhüllung der Prinzipien, bei Aneignung an gewisse wirtschaftliche Wünsche und Bestrebungen des Volkes erst den Boden der bestehenden Ordnung leicht unterwühlen wollen, um ihn dann völlig in sich zusammenfüllen zu lassen. — — Es wäre naiv, die letztere Richtung etwa gar als eine ungefährliche Reformpartei anzuzählen.

werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines treuen und schönen Berlins, und vergesst das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in meinem Herzen.“

Zum Schluß folgte dann noch die Versicherung an die lieben Berliner, daß auch ihre „lieblichen Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin“ ihre innigen, thranenreichen Bitten mit des Königs väterlichen Bitten vereinige. Das tiefbetäubte Elternpaar sprach gleichsam zum verlorenen Sohn und versprach ihm seine Verzeihung, wenn er neuerdlich ins Vaterhaus zurückkehre.

In aller Eile wurde das Geistesprodukt des Königs gedruckt, und als die Sonne am Horizont emporstieg, erschienen berittene Offiziere, Beamte und wohlgesinnete Bürger an den Barricaden und vertheilten ganze Packete der königlichen Botschaft unter die Menge.

Aber der verlorenen Sohn zeigte kein Verständniß mehr für den väterlichen Ton, in dem der König zu ihm sprach. Er wühlte seine Mündigkeit erlangt zu haben in dieser verhängnißschweren Nacht, die das Pflaster der Straßen mit seinem Blute gefärbt hatte. Wie, die Barricaden, die ihn so trefflich geschützt, sollten hinweggeräumt werden? Er sollte sich freiwillig entwaschen, sich ohne Schutz und Würdigung auf die räthselhafte Bitte eines Königs hin von neuem der Fuchtrute unterwerfen, der er sich eben erst entvunden? Nein, nimmer sollte das geschehen — lieber verbluten, als einen solchen Akt der Selbstschändung vollziehen.

„Das sind ja Lügen! Unwahrheiten!“ riefen die Lesenden entrüstet, warfen die Plakate unwillig in den Koth und traten sie mit Füßen.

„Zum Fideibus zu schlecht,“ bemerkte ein Wihbold, das Blatt in Stücke reißend.

Ein dritter schnitt mit seinem Taschenmesser die Aufschrift „An meine lieben Berliner!“ ab und nagelte sie über einer Kanonenkugel fest, die im Gehäuse eines Straßenbrunnens stecken geblieben war.

„Da paßt det besser hin,“ meinte er, als er sein Werk vollendet hatte. Die Umstehenden brachen in schallendes Gelächter aus, und der Ueberbringer der Proklamationen, ein Offizier der Artillerie, schlug sich unverrichteter Sache in die Wäsche.

(Fortsetzung folgt.)

sehen. Daß sie aber mit ihrer Aenderung des Programms auf dem Lande große Erfolge erzielen wird, glauben wir nicht, freilich nur unter der Voraussetzung nicht, daß endlich gegen die schreienden Nothstände der Landwirtschaft etwas Durchgreifendes geschieht.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die Sozialdemokratie kann mit der Propaganda für ihre letzten Ziele, wenn sie diese offen bezeichnet, nie auf den Beifall unserer Landbevölkerung rechnen, weder in wirtschaftlicher, noch was der Sozialdemokratie die Hauptsache ist, in politischer Hinsicht. Sie erkennt diese Unmöglichkeit, gleich es darum auf sich noch länger im Frontangriff mit den „harten Bauernschädeln“ abzumähen, läßt Grundzüge Grundzüge sein und will die weitere Propaganda unter der bürgerlichen Bedeckung „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ treiben, also opportunistisch, unter Zurückstellung und Verschleierung ihrer letzten Absichten.

Der „Hamburger Korrespondent“ meint: Man wird diese neue Phase in der „Mauerung“ der sozialdemokratischen Partei von seiten der bürgerlichen Parteien mit großer Mißbilligung ansehen dürfen. Die Medizin des Sozialismus muß der Landbevölkerung in homöopathischen Dosen beigebracht werden,“ rief ein Redner auf dem Frankfurter Parteitag aus. Es wird nicht an Leuten fehlen, im sozialdemokratischen Lager wie auch in den bürgerlichen Parteien, die in dem neuen Landprogramm nicht einmal solche Mißnahme der sozialdemokratischen Doktrin entdecken können, sondern nur eine bauernfeindliche Spekulation, die ihre Mittel nimmt, wo sie sie findet. Die Landbevölkerung wird dies bald herausfinden und in ihrem Mißtrauen beharrt werden.

Die „Kölnische Zeitung“ charakterisirt den Entwurf folgendermaßen:

Zwar ist — dies ist wohl ein Zugeständnis an die Doctrinäre — davon Abstand genommen worden, das Land-Agitationsprogramm der französischen Sozialisten abzuzeichnen und die Heiligkeit des kleindarstelligen Eigentums ausdrücklich zu proklamiren, aber in den Vorschlägen wird das Privateigentum stillschweigend an allen Punkten anerkannt, auch an jenem, wo die Vermehrung des öffentlichen Grundbesitzes und die Einführung eines Verkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter gefordert wird. Radikalismus läßt sich auch auf diesem Boden prästiren, und es fehlt in dem Programm nicht daran, aber es ist durchweg erborgter, bürgerlicher Radikalismus, und daneben finden sich Forderungen, deren Erfüllung in dieser gegenwärtigen, schlechtesten aller Welten schon in Angriff genommen, zum Theil sogar vollzogen ist. So z. B. in Preußen die Beseitigung der Ertragssteuern als Staatssteuern (daß sie auch in den Gemeinden aufgehoben werden sollten, sagt das Programm nicht) und die Gewährung von Staatskredit an die Genossenschaften. Auf sozialdemokratischer Seite liebt man es, den preussischen Finanzminister, weil er als junger Mensch einmal sozialistische Ideen mit sich herumgetragen hat, einen Abtrünnigen zu nennen. Wenn das neue Programm nicht das wäre, als was es Bebel bezeichnet hat, würde man mit viel größerer Berechtigung sagen können, die Sozialdemokratie sei zu Dr. Miquel übergegangen. — — Wer, ausgehend von diesen Grundzügen“ (im theoretischen Theil des Programms) zu Forderungen, wie die von der Agrarkommission erhobenen, gelangt zu sein vorgibt, der veräbt einen Beirug, der zu plump ist, als daß durch ihn die zwei gesunden Augen im Bauernschädel gegen die grade dem Grundbesitzer von der Sozialdemokratie drohenden Gefahr blind werden könnten.

Die „Frankfurter Zeitung“ urtheilt über den Programmentwurf:

Wird das Agrarprogramm akzeptirt, so wird die Praxis und die Wahlkonkurrenz schon dafür sorgen, daß die Partei sich noch ausgesprochener als Reformpartei gibt, als eine Partei, die „zunächst“ die Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen, die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ erhebt. Diese neu vorgeschlagene Definition der Stellung der Sozialdemokratie zu dem „Bestehenden“, die selbstverständlich die Erstrebung des Zukunftsstaates unberührt lassen soll, deutet sich inhaltlich völlig mit der Stellung der bürgerlichen Demokratie. Während — wie wir noch sehen werden — wir keineswegs alle Einzelvorschläge des neuen Programms gutheissen würden, kann dieser Satz ohne weiteres von jeder fortschrittlichen, sozial gerichteten Partei unterschrieben werden. Damit tritt die Sozialdemokratie der Anschauung mancher ihrer Widersacher entgegen, als habe sie eine Freude an der Verschlechterung der bestehenden Zustände oder an dem Niedergang eines Gewerbeszweiges, weil dadurch ihre Hoffnung auf den „allein erblickten“ Zukunftsstaat bekräftigt werde und jeder ruinirte Erwerbszweig ihr neue Rekruten zuführe. Sie betont ihren Willen, an der Besserung der heutigen Zustände mitzuwirken.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Juli.

Ueber die beiden kriegsführenden Armeen des deutsch-französischen Kriegs bringt die „Kreuz-Zeitung“ heute einen Leitartikel, der zwar nichts Neues enthält, aber durch die Zusammenstellung der bekannten Ziffern sehr lehrreich ist. Die Armees Frankreichs, welche uns nach der Bisard'schen Geschichtslegende überfallen wollte, hatte eine etatsmäßige Stärke von 567 000 Mann; beim Ausbruch des Kriegs bestanden sich aber bei den Fahnen nur 393 500 Mann, in der Reserve 61 500, Ersatztruppen mit 5 monatlicher Dienstzeit 119 500 Mann. Von dieser Summe waren abzugehen: die Abkommandirten, Gendarmen, Garnisonen und die Truppen in Alger mit zusammen 230 500 Mann, so daß für das Feld übrig blieben 396 500 Mann. Die Artillerie war der deutschen bei weitem nicht gewachsen; die Militärverwaltung schlecht; nichts auf den Krieg vorbereitet. Die größte Verwirrung bei Ausbruch des Kriegs.

Deutschland rückte ins Feld mit 462 300 Mann Infanterie, 56 800 Kavallerie und 1584 Geschützen. Nur an Geschützanzahl — wenigstens auf dem Papier — waren die Franzosen überlegen; ihre Artillerie war aber der deutschen bei weitem nicht gewachsen, wohingegen das deutsche Infanteriegeschweh — die Bündnabel — dem französischen Chassepot nachstand.

An Besatzungstruppen zc. waren in Deutschland vorhanden 297 500 Infanterie, 25 900 Kavallerie, 40 600 Mann Festungsartillerie. Im Monat August, das heißt 8 Wochen nach Ausbruch des Kriegs hatte die deutsche Armee auf den Weiden 1 183 859 Mann mit 250 000 Pferden, während die Franzosen bei ihrer Armeearganzung einer erheblichen Steigerung ihrer Streitkräfte unfähig waren.

Man sieht hier die kolossale militärische Ueberlegenheit, die Deutschland von vornherein hatte. Daß die französische Regierung über die Stärke und Ueberlegenheit der Deutschen sehr gut unterrichtet war, das geht aus den Berichten Stofflet's hervor. Und da fragen wir nun, kann ein vernünftiger Mensch glauben, daß das unvorbereitete Frank-

reich das wohl vorbereitete und gleich zu Anfang fast doppelt überlegene Deutschland habe „überfallen“ wollen? Keine Genies waren in der französischen Regierung, allein doch auch keine Jrennenhäuser. —

Angesichts der kritischen Lage an der Donau macht die „Vossische Zeitung“ mit Recht auf die Unzuträglichkeiten aufmerksam, die es mit sich bringt, daß der deutsche Gesandte in Wien, das jetzt der diplomatische Hauptnotenpunkt ist, gegenwärtig mit dem Kaiser eine „Nordfahrt“ macht. Die Abwesenheit des Kaisers wird ja vermuthlich keine Störung der Regierungsmaschinerie“ herbeiführen. Wenn aber Deutschland in diesem kritischen Momente, wo an der Donau ein scharfes Auge und eine feste Hand nothwendig ist, keinen Vertreter in Wien hat, so ist das gleichbedeutend mit einer politischen Abtaugung zu gunsten Russlands. Freilich, der deutsche Gesandte in Wien ist ein Eulenburg. —

Die „Gedenkblätter“ häufen sich jetzt. Und es ist zur Abwechslung auch einmal ein nichtkriegerisches Ereignis, an das wir erinnert werden. So ist heute, den 18. Juli, das 25-jährige Jubiläum der Unsehlbarkeits-Erklärung des Papstes, die am 18. Juli 1870 erfolgte. Obgleich die Päpste schon ein volles Jahrtausend die „Unsehlbarkeit“ für sich in Anspruch genommen hatten, und obgleich die Welt im Juli 1870 mit wichtigeren Dingen beschäftigt war, wurde der Beschluß des Konzils von den „Liberalen“ doch zu einem großen Ereignis aufbebauscht.

Die „Unsehlbarkeits-Erklärung“ war so wirksam, daß zwei Monat später, am 20. September 1870, die italienischen „Revolutions“-Truppen in Rom einzogen und daß der „unsehlbare“ Papst „Gefangener“ wurde. —

Frauenstimmrecht. Durch welche komischen Mitteln mitunter versucht wird, die Bourgeoisie vor den Forderungen des demokratischen Volkes grenzlich zu machen, das zeigt wieder einmal die folgende Zeitungsentee, die durch die bürgerlichen Blätter fließt:

In Süd-Australien ist bekanntlich das Frauenstimmrecht eingeführt worden. Die in der Kolonie wohnenden deutschen Frauen wollten aber nichts davon wissen. Deshalb haben fünf deutsche Pastoren an die weiblichen Mitglieder ihrer Gemeinden das folgende Rundschreiben gerichtet: „Das Frauenstimmrecht ist uns aufzuzwingen worden. Wir Deutschen haben nicht danach gekrebt. Da das Gesetz nun aber einmal besteht, würden wir überdies handeln, wenn wir es uns nicht zu nütze machten. Wir fordern deshalb alle deutschen Frauen dringend auf, ihre Namen eintragen zu lassen und bei der nächsten Wahl zu stimmen. Am Ende wird es möglich sein, mit Hilfe der deutschen Frauen das unnütze Gesetz aufzuheben. Ist es nicht möglich, so können wir wenigstens seinen schädlichen Folgen entgegenarbeiten.“

Leider ist den „deutschen Frauen“ in Australien dies edle Vorhaben noch nicht gelungen. —

### Deutsches Reich.

Die Nationalliberalen auf dem Bettelgang. In ihrer Angst, das Waldecker Mandat zu verlieren und dadurch ihres wirklichen Führers — so weit bei der Partei Drehscheibe von Führung die Rede sein kann — verlustig zu gehen, machen die nationalliberalen Hampelmänner die löstlichen Vorschläge. So suchen sie jetzt in ihrer Verzweiflung die sozialdemokratischen Stimmen dadurch zu gewinnen, daß sie einzelne Wähler — angebliche Sozialdemokraten — Erklärungen für Dr. Böttcher in den dortigen Blättern abgeben lassen. Eine saubere Sorte Sozialdemokraten mag dies sein, die sich dazu hergiebt, die Wahl eines Dr. Böttcher zu empfehlen. — Daß ein ernsthafter sozialdemokratischer Wähler sich dazu hergeben sollte, dem Hauptbeker in der Umsturz-Kampagne seine Stimme zu geben, ist natürlich ausgeschlossen. Eine solche Zumuthung an unsere Genossen überhaupt nur zu stellen, dazu muß man eben bis zur Charakterlosigkeit der nationalliberalen Partei heruntergekommen sein. — Daß auch in den Reihen der wirklich Freisinnigen keine Neigung vorhanden ist, dem Rathe der Herren Ridert-Schädling zu folgen und Dr. Böttcher zu wählen, ergibt sich aus einer Zuschrift, welche die „Volls-Zeitung“ aus dem Wahlkreise erhält, in der es heißt:

„Ein Mann wie Böttcher gehört mit freisinniger Unterstützung nicht in den Reichstag, auch wenn sein Gegner Agrarier und Antisemit ist. Daß Herr Böttcher das Gegenteil davon ist, hat er noch nie und nirgends bewiesen, wenigstens nicht durch positive Thaten. Dabei hat er einen politisch schwerwiegenden Nachtheil. Bei seinem Gegner weiß jeder, was er ist, man kann sich als politischer Gegner vor ihm hüten, bei einem Nationalliberalen, bei einem Dr. Böttcher, weiß man es nicht. Nur weiß man, daß er unter dem Deckmantel des Liberalen, der manchen verführt, ihm zu trauen, genau dieselbe Politik zu treiben im Stande ist, wie jener, sobald es die bekannte nationalliberale „Staatsweisheit“ für geboten erachtet. Uns Freisinnigen macht es daher keinen Unterschied, ob der Agrarier oder der nationalliberale Böttcher gewählt wird! Derselbe Nummer, nur ein anderer Faden! Wägen die Herren das Mandat unter sich auszuhebeln.“

Ganz unsere Meinung! —

Von den gesetzgeberischen Aufgaben, die dem Reichstage im Herbst bevorstehen, ist ein großer Theil schon bekannt, und was bekannt ist, reicht hin, um nach dem im jetzigen Reichstage üblichen Tempo eine ganze Session anzufüllen. Nach einer Zusammenstellung der „Frankf. Ztg.“ wird einen Hauptgegenstand das Gesetz zur Reform der Börse bilden, an dem die Agrarier und sonstigen Wirtschaftsklüner ihre Kunst erproben können. Der bereits veröffentlichte Entwurf liegt zur Einbringung am ersten Tage bereit. Das Gesetz über den unlauteeren Wettbewerb, ein Margarinegesetz, Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung sind bestimmt angehängt. Dazu kommen die wiederkehrenden Rückstände der letzten Session: Reichsfinanzreform und Tabaksteuer, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die sich auf den Hautirhandel u. s. w. bezieht. Fraglich ist, ob das Justizgesetz, das die Wiedereinführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter enthält, wieder eingebracht wird, nachdem die Kommission trotz unentgeltlicher Thätigkeit die Beratung nicht zu Ende geführt hat. Nicht fraglich scheint es, daß der größte Todte der letzten Session: das U n s e h l b a r k e i t s g e s e t z, endgültig begraben bleibt.

Es ist jetzt ungefähr ein Jahr her, daß in Ausübung der Ermordung Carnot's der Ruf nach einem knaustretenden Gesetz gegen Anarchisten und Umstürzler in der mittelparteilichen Presse oder, um ganz gerecht zu sein, von einem großen Theile der nationalliberalen Presse und Partei und den freikonservativen Organen, unablässig erhoben wurde, bis der Kaiser selbst den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung proklamirte und der mit dem Muth der Kalblähigkeit sich wehrende Graf Caprivi sich beschließen ließ, die Umsturzvorlage in ihrer bekannten Gestalt sich anzueignen.

Jetzt ist alles still geworden von diesem Kampf. Nachdem freilich nun in Bulgarien der frühere Ministerpräsident Stambulow ermordet worden ist, an welchem Nord verschiedene Regierungen nicht untheilhaftig sein sollen, dürfte sich darin ja wieder ein

raffender Anknüpfungspunkt gefunden haben, im Kampf für Religion, Ordnung und Sitte Ausnahmegefeße gegen die Sozialdemokratie zu verlangen. Wäre das nicht ein passendes Thema für die „Nationalliberale Korrespondenz“ des Herrn Dr. Böttcher? —

**Landtagswahl in Teltow-Charlottenburg.** Bei der Landtags-Gründung für Teltow-Charlottenburg wurde am Mittwoch Baumeister Felisch (Konf.) mit 680 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Dr. Karsten (liberal) erhielt 177 Stimmen.

**Herr von Hammerstein und der Staatsanwalt.** Gegenüber der von einigen Provinzialblättern verbreiteten Nachricht über ein in Vorbereitung befindliches Strafverfahren gegen den früheren Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ ist die „Deutsche Warte“ in der Lage zu erklären, daß bisher von einem derartigen Verfahren an zuständiger Stelle nichts bekannt ist. Die Berliner Staatsanwaltschaft glaubt bisher keine amtliche Anzeige, durch die der Verdacht einer strafbaren Handlung des Freiherrn von Hammerstein in genügender Weise motiviert worden wäre, erhalten zu haben und hat daher im Einverständnis mit dem Oberstaatsanwalt und dem Chef der Justizverwaltung bisher von einem Vorgehen Abstand genommen. Sie gedenkt zunächst die von dem Freiherrn v. Hammerstein angestrebten Beileidigungsprozesse und den Erfolg der von dem Angeklagten angebotenen Wahrheitsbeweise abzuwarten, um nach dem Ausgang dieser Prozesse einen Anlaß zu weiteren Ermittlungen zu gewinnen.

Dieser staatsanwaltlichen Auffassung gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es zu einem Einschreiten des Staatsanwalts durchaus keiner Anzeige bedarf, da nach § 158 Str.-P.-O. ein Vorgehen der Staatsanwaltschaft in allen Fällen geboten ist, in welchen sie durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdacht einer strafbaren Handlung Kenntnis erhält. In den Zeitungen ist öffentlich behauptet worden, daß Herr v. Hammerstein sich der Veruntreuung ihm anvertrauter Pensionsgelder schuldig gemacht, sowie daß er als Bevollmächtigter der Aktiengesellschaft „Besänktlich nach Reich“ der Gesellschaft Kontrakte mit Absicht abgeschlossen habe. Es ist unmöglich, daß diese Beschuldigungen nicht auf diesem Wege auch zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangt sind.

Uebrigens dürfte es jetzt ziemlich egal sein, ob der Staatsanwalt gleich einzuschreiten gedenkt oder ob er die Privatklagen des Freiherrn abwarten will. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren hat, befindet sich dieser weit vom Schuß. Das genannte Blatt erhält folgenden Telegramm:

London, 17. Juli. Aus einer Quelle, die dem hiesigen Polizeipräsidenten nahesteht, erfahre ich, daß Freiherr v. Hammerstein seit einigen Tagen in London ist und politisch überwacht wird.

Wie man sieht, versucht jetzt auch der löbliche Freiherr einmal, von dem englischen Asylrecht Gebrauch zu machen. England den unbefruchteten zahlreichen politischen Flüchtlingen gewährt bekanntlich Aufnahme im Lande. Gemeine Verbrecher allerdings werden auch von England ausgeliefert. —

Die „Kreuz-Zeitung“ scheint die Verluste, die sie und ihr Pensionfonds durch die Hammerstein-Verurteilung hat, jetzt auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Inseratengewinnes wieder wett machen zu wollen. Anders läßt sich kaum die Auforderung deuten, die sie an der Spitze des Annoncentheils jetzt an ihre fromme Leserschaft richtet: „Unsere geehrten Leser werden ergebenst gebeten, sich beim Einfordern von Preislisten und bei Bestellungen, welche sie infolge von Anzeigen in unserem Blatte machen, stets auf die „Kreuz-Zeitung“ beziehen zu wollen.“ — So leicht werden die von Hammerstein verpulverten Hunderttausende allerdings einzig auf diesem Wege nicht wieder einzuheimsen sein. Man muß auf härtere Mittel sinnen.

**Was die Verschleppung des Verfahrens gegen Wehlan macht mit recht eine Aufmerksam, die auswärtigen Blättern von Berlin zugeht.** Gleichzeitig mit den gegen den ehemaligen Kanzler von Kamerun, Leist, erhobenen Anschuldigungen wurden auch gegen den Hiesiger Wehlan, der in verschiedenen Stellungen in Kamerun fungiert hat, schwere Anklagen erhoben; gleichzeitig mit der gegen Leist eröffneten Untersuchung wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes auch gegen Wehlan die Untersuchung eingeleitet. Am 20. März, d. h. vier Tage vor der Kolonial-Abtheilung, Dr. Kayser, im Reichstage sich dahin, daß nach Beendigung der vom Reich eingeleiteten Untersuchung die Akten dem Herrn Justizminister vor einiger Zeit eingegangen seien. Eine Antwort des Ministers sei aber noch nicht erfolgt. Am 28. März nahm auch der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Marschall, im Reichstage Gelegenheit, sich zu äußern. Es handelte sich zunächst um die Frage, ob das Disziplinär-Verfahren vor preussischen oder Reichsbehörden stattfinden habe. Er glaube, in den nächsten Tagen einen Bescheid von dem Justizminister erwarten zu können. Am 30. Mai bemerkte Direktor Dr. Kayser: „Der Fall Wehlan ist noch nicht zur Entscheidung gekommen. Die gerichtliche Untersuchung ist aber in die Wege geleitet.“ Seitdem hat nichts mehr entsprochen. Vor mindestens vier Monaten sind die Akten dem preussischen Justizminister zur weiteren Entscheidung übermietet worden. Ist diese Entscheidung, die Staatssekretär v. Marschall am 28. März, in den nächsten Tagen“ erwarten zu dürfen glaubte, seitdem getroffen oder nicht? Wenn ja, wie ist sie ausgefallen? Sind die gegen Wehlan erhobenen Anschuldigungen ganz oder zum Theil begründet, so bedarf es einer strengen Sühne; and sie unbegründet, so ist es eine Ehrenpflicht der Regierung, ihren Benannten mit möglicher Beschleunigung vor der Öffentlichkeit zu rehabilitieren.

Nachträglich theilt die „Vossische Zeitung“ mit, wie sie höre, sei die Anklageschrift gegen den Hiesiger Wehlan vor einiger Zeit der Disziplinarkammer in Potsdam zugegangen. Die Verhandlung werde nach Ablauf der Gerichtsferien stattfinden. Aus ihr wird sich ergeben, aus welchen Gründen eine strafrechtliche Verfolgung gegen Wehlan nicht hat stattfinden können. Gegen Wehlan wird der Verurtheilte erhoben, daß er die Eingeborenen in Kamerun unmenschlich grausam behandelt und dadurch seine amtlichen Befugnisse überschritten habe.

**Bitterböse** sind die Herren aus der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ auf ihre Kollegen vom „Reichs-Anzeiger“.

Seitdem der „Reichs-Anzeiger“ darauf bestanden ist, schreibt die „Deutsche Tages-Ztg.“, seinen Inhalt reichlich zu gestalten, ist man in der Lage, beizustimmen zu können, was den Herren, die für die Haltung des Blattes verantwortlich sind, am wichtigsten und bedeutsamsten erscheint. Die Statistik und Volkswirtschaft ist in dieser Hinsicht ganz besonders lehrreich; in ihr ist fast ausschließlich von den Verhältnissen der Arbeiter die Rede, andere Stände spielen da keine Rolle. Beweis: In der heutigen Nummer steht unter jener Rubrik 1. Invalviditäts- und Altersversicherung der Stadt Berlin. 2. Ein langer Artikel: Zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Jahre 1894. Auszug aus den Berichten der Fabrikinspektoren. Es folgt die Uebersicht: Zur Arbeiterbewegung. Da werden wir unterrichtet über den Zustand der Schneider in Stettin nach dem „Vorwärts“, der Malergesellen in Königsberg, die Vorbereitungen zum Ausstand der Steinmetzgesellen in Leipzig, dann auch über die Absichten der selbständigen Strohrodarbeiter in Bremen und

der Parkettbodenleger einer Berliner Firma. Hauptquelle des „Reichs-Anzeigers“ ist für diese interessanten Meldungen stets der „Vorwärts“. Selbstverständlich muß der Sozialdemokratie der Raum schwellen, wenn sie sieht, daß auch ihre unbedeutendsten Unternehmen im amtlichen Blatte des Deutschen Reiches der ausführlichsten Widerrage gewürdigt werden. Ueber die Wünsche der Handwerker, die Rothlage der Landwirtschaft u. s. w. findet man im Reichsanzeiger nur sehr lückenhafte Mittheilungen, die vor allen Dingen nicht mit der sorgfältigen Liebe behandelt sind wie die Arbeiterbewegung. Die Schuld daran dürfte allerdings nicht in etwaigen sozialistischen Reigungen der fraglichen Redakteure des Reichsanzeigers, sondern an der mechanischen Art und Weise ihres „Zeitungs-machens“ liegen. Es mag ja die Methode, mit der dort die Volkswirtschaft u. a. durch Ausleben des „Vorwärts“ traktiert wird, sehr bequem sein, einen guten Eindruck aber macht ihr Endprodukt nicht.

Daß der in allen Kulturländern zur Macht gediehene Sozialismus heute die wichtigste politische und die Arbeiterbewegung die wichtigste volkswirtschaftliche Frage ist, daß ist der modernen Deutschen Tages-Ztg. noch nicht in den Sinn gekommen. Sie reißet wohlgerührt auf ihrem mittelalterlichen Rauschschmuck herum und hält den für das interessanteste, was es geben kann. —

**Der Kultusminister** hat dem Rektor der Universität Breslau wegen der von ihm den Studierenden dieser Universität erteilten Erlaubnis zum Anschlagen einer Aufforderung zum Einspruch gegen die Umsturzvorlage am schwarzen Brett seine Mißbilligung ausgesprochen! Natürlich! —

### Schweiz.

Die Bundes-Versammlung ist auf den 18. August behufs Ratifizierung des französisch-schweizerischen Abkommens zu einer außerordentlichen Session einberufen worden. —

### Frankreich.

**Der Panama-Skandal** hat keine Opfer gespart. Die Leser entsinnen sich der heftigen Debatten, zu denen die Verleumdung des Ordens der Ehrenlegion an dem Spitzbuben Eiffel Anlaß gab. (S. „Vorwärts“ vom 17. Juli.) Der Ordensrat wollte der öffentlichen Stimme nicht folgen und weigerte sich, Eiffel das Ordensband „aus dem Knopfloch zu reißen“. An dieser Weigerung ist er aber gescheitert. Ein Telegramm meldet:

Paris, 18. Juli. Der Präsident der Republik hat die Demission des Ordensrates der Ehrenlegion angenommen. Ob der Orden der Ehrenlegion nun allen Lumpen genommen wird? —

### England.

Das Resultat der Wahlen stellt sich mit jedem Tag für die Unionisten günstiger. Das neueste Telegramm lautet: Bisher wurden gewählt: 278 Unionisten, 68 Liberale, 36 Kandidaten der Arbeiterpartei. Die Unionisten gewannen 57, die Liberale 19 Sitze.

Der ehemalige Minister John Morley unterlag bei der Wahl in Newcastle gegen den konservativen Kandidaten Cradock, welcher mit einer Majorität von 800 Stimmen gewählt wurde.

Unter den Gewählten befindet sich Herbert Gladstone, welcher gegen den Oberst North siegte, ferner der Untersekretär des Auswärtigen Amtes Curzon und der frühere Untersekretär des Kolonialamtes Burton, ferner Sir Charles Dilke, Rothschild, der frühere Minister Trevelyan, Gerald Balfour und John Redmond.

Die Unionisten, denen vor der Auflösung eine liberale Majorität von 24 gegenüberstand, haben schon jetzt eine Majorität von 60, und werden voraussichtlich eine von 100 bekommen. Die Regierung wird also eine „starke“ sein. Und in der inneren wie äußeren Politik wird sie Gelegenheit haben, ihre „Stärke“ zu zeigen. —

### Türkei.

Die Unruhen in Makedonien. Nach Meldungen aus Kilkis nimmt der Aufstand in Makedonien größere Dimensionen an. In Erumitza, Mutesch und Drama herrscht vollständiger Aufruhr. Im Kreise Neorotop wurde das Städtchen Jolorunda von den Aufständischen eingenommen und zerstört. Ein türkischer Offizier und ein Arzt sind dort gefangen genommen worden. Auch in der Umgebung von Melnik fanden Kämpfe statt. —

**Europäische Konferenz.** Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Konstantinopel gemeldet, von keiner der europäischen Großmächte sei bisher eine Anregung zu einer europäischen Konferenz behufs Lösung der armenischen und makedonischen Angelegenheiten gegeben worden; es sei keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche Konferenz von irgend einer Macht als geeignetes Mittel zur Lösung angesehen werde. —

### Japan.

In Ostasien drohen auf neue kriegerische Ereignisse auszubrechen zu wollen. Nach Berichten aus Amoy haben die Schwarzsflaggen die nach Süden vordringende japanische Streitmacht bei Zokoham, 60 Meilen südlich von Tai-pek angegriffen. Die Schwarzsflaggen waren in überwältigender Anzahl und kämpften mit solcher Entschiedenheit, daß die Japaner nur durch ihre überlegene Taktik und Disziplin vor einem schweren Schicksal gerettet wurden und sich in nordwestlicher Richtung zurückziehen mußten. Die Schwarzsflaggen rüden zum Angriffe auf Tscham, 50 Meilen westlich von Zokoham vor. Eine neue Schlacht steht bevor. —

### Kuba.

Vom kubanischen Aufstand werden wieder, spanische Siege“ gemeldet. Aus Habana meldet eine amtliche Depesche, daß zwischen Vagamo und Manzanillo 8000 Aufständische bei einem Kavallerieangriff unter Führung des Marqualls Martinez Campos in die Flucht geschlagen worden sind. Auf Seiten der Aufständischen wurden viele getödtet und verwundet; auf spanischer Seite fiel der General Santocildes; drei Offiziere wurden verwundet. Der Führer der Aufständischen Antonio Maceo wurde verwundet und gefangen genommen. Nach einer Depesche aus Santiago sollen die spanischen Truppen bei dem Gefecht große Verluste erlitten haben, jedoch von den Behörden die Einzelheiten nicht bekannt gegeben werden. —

## Partei-Nachrichten.

**Deutsche Gemeindevahlen.** Bei der Gemeindevahl in Dreieichenhain, wo von 205 Wahlberechtigten 249 abstimmen, erlitten die drei gegnerischen Kandidaten 64, 90 und 125, unsere drei Kandidaten 55, 57 und 128 Stimmen.

**Von der Agitation.** Reichstags-Abgeordneter Meißner aus Hamburg, der gegenwärtig auf einer Agitationsreise durch Thüringen begriffen ist, sprach in Erfurt in zahlreich besuchter Versammlung unter lebhaftem Beifall über den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse. Am Freitag referirte er in Pöhlitz, Sonnabend in Biehlen, Sonntag in Gräfenfeld und Montag in Saalfeld. Dann folgen Versammlungen in Steinach, Hätinggrund, Sonneberg, Koburg, Neustadt und anderen Orten.

**Auf einer Konferenz** für den Wahlkreis Duisburg, bei der die Orte Duisburg, Mülheim, Ruhrort, Oberhausen, Bruchhausen, Beck, Meerbeck und außerdem der Kreis Mörks-Nees vertreten waren, wurde berichtet, daß obwohl die Agitation unter den schwierigen Verhältnissen betrieben werden muß — so ist z. B. der Kolonialmarkt permanent — doch ein Aufschwung unserer Bewegung unverkennbar ist. Organisationen unserer Partei giebt es in Duisburg und Mülheim. Die Konferenz be-

schloß, daß ein Prekomitee für den ganzen Kreis durch die Geworben aller Orte gewählt werden soll, das einer späteren Konferenz Vorschläge zur Regelung des Prewesens zu machen habe. Die Kassalfeier soll für den ganzen Kreis vom Kreisvertrauensmann veranstaltet werden.

**Aus den Partei-Organisationen.** Der sozialdemokratische Verein in Hanau protestirte gegen den Beschluß des Gewerbegerichts, wonach Zeugen und Sachverständige nur geladen werden sollen, wenn die Parteien einen Vorbehalt leisten, und forderte die Arbeitervertreter im Gewerbegericht auf, gegen den Beschluß, der es mittellose Arbeiter unmöglich macht, ihr Recht vor dem Gewerbegericht zu erlangen, scheidet Stellung zu nehmen.

In Ramens i. S. hat sich der sozialdemokratische Verein aufgelöst. Auf der nächsten Kreis-Konferenz soll über die Errichtung eines Wahlvereins für den ganzen Reichswahlkreis beraten werden.

**Todessliste der Partei.** In Nürnberg ist der Parteigenosse Georg Küdert gestorben.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Magdeburger „Volkstimme“ theilt mit, daß gegen den Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt nur mündlich auf 150 M. Geldstrafe oder 50 Tage Haft 30 Tage festgesetzt. Entweder habe das Schöffengericht sich damals verrechnet oder der Verurtheilte sich verprochen.

Der Verleger der „Niederheimischen Volkstribüne“ in Düsseldorf, Genosse Albert, und 7 andere Angehörige unserer Partei sollten durch Abfassung und Verbreitung des diesjährigen Mai-Flugblattes gegen den § 110 des Strafgesetzbuches verstoßen haben, der von der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle handelt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Albert 8 Tage Gefängnis, gegen 6 andere Angeklagte je 20 M. Geldstrafe; bei einem Angeklagten wünschte er selbst Freisprechung. Das Landgericht sprach dagegen sämtliche Angeklagte frei und legte die Kosten des Verfahrens sowie der Vertheidigung der Staatskasse zur Last.

Wegen Verleumdung der Kasseler Polizei, begangen durch einen Artikel über die dortigen Straßenkrawalle, wurde der Redakteur des „Volkstribüne“ für Hessen, Genosse John in Kassel, vom Schöffengericht zu 60 M. Geldstrafe oder sechs Tagen Gefängnis verurtheilt.

Am Mittwoch hat der Redakteur Krahl der Burgstädter „Volkstimme“ eine siebenmonatige Gefängnisstrafe angetreten. Möge er sie so gut wie möglich überleben!

Aus Wetzlar wird mitgeteilt: Das Gemeinderaths-Mitglied Bauer in Niederhasslau, dem weil er Sozialdemokrat sei, stiehlt die Amtshauptmannschaft das Recht abgesprochen hat, den dort unter den Gemeinderaths-Mitgliedern reithum gehenden Polizeidienst zu versehen, wurde jetzt sammt seiner Frau vor dieselbe Behörde geladen, um ihn zu bewegen, sein schon mehrere Monate altes Kind taufen zu lassen. Der Pfarrer von Niederhasslau und zwei Kirchenvorstands-Mitglieder haben vergebens versucht, ihn zur Zulassung des Taufaktes zu veranlassen, jetzt soll nun die politische Behörde auch noch ihr Möglichstes thun. Selbstverständlich konnte auch die Amtshauptmannschaft ihm nur die Aberkennung der kirchlichen Ehrenrechte in Aussicht stellen und davon fürchtet sich Bauer nicht; das Kind wird nicht getauft.

Das badische Ministerium hat die Beschwerde vernommen, die gegen die Auflösung einer Volksversammlung in Dörrach und gegen die Verhaftung des Parteigenossen Kesselfring erhoben worden war. Reflexion hatte bekanntlich die ausdauernde gebende Volksversammlung zur Ruhe ermahnt. Jetzt ist er oben-drauf noch in Anlagenzustand verbleibt. Auch gegen den Genossen Schraur, der sich ganz besonders beherrschender Aufmerksamkeits erfreut, ist Anklage erhoben. Er soll in einer Rede eine Majestätsbeleidigung begangen haben.

## Soziale Uebersicht.

**Magdeburger Sozialpolitik.** In Magdeburg bewilligten die Stadtverordneten für das Sedantfest 7000 M., für die Aufnahme einer selbständigen gewerblichen Betriebsstatistik aber nur 500 M.

**Der Fabrikinspektor Müller in Hannover,** dessen Amtsbereich sich über die Regierungsbezirke Hannover, Stade, Osnabrück und Aurich erstreckt, sagt, wie der „Hannoversche Kurier“ mittheilt, im allgemeinen Theile seines Berichts: „Beziehungen zu den Arbeitern bilden sich nicht von selbst, sondern müssen mühsam gesucht werden. Die Hauptursache dafür dürfte darin zu suchen sein, daß den leitenden Stellen der Arbeiter-Organisationen weniger an einer Befestigung vorhandener Mißstände gelegen ist, als an einer möglichst großen Zahl von Klagen über angeblich bestehende Ungehörigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen.“

Unser Bruderorgan, der in Hannover erscheinende „Volkswille“, fordert nun den Herrn auf, seine Behauptung zu beweisen und damit Gelegenheit zu geben, daß, wenn wirklich „leitende Stellen“ in den Arbeiterorganisationen vorhanden sein sollten, die sie pflichtvergessen, so tadelnswürdig handeln, als es der Herr Regierungs- und Gewerberath in seinem Bericht behauptet, der „Volkswille“ diese zur Wehrschaft seinem Land. Im übrigen legt unser Bruderorgan Verwahrung gegen die Behauptung des Fabrikinspektors ein und erwartet, daß die leitenden Stellen der Arbeiterorganisationen in öffentlichen Versammlungen zu dem gegen sie erhobenen schweren und nach der Ansicht des „Volkswillens“ ungerechtfertigten Vorwurf Stellung nehmen werden. —

Daß die Behauptung des Herrn Müller nach irgend welcher Richtung hin berechtigt wäre, halten wir selbstverständlich für durchaus ausgeschlossen, umso mehr als in der Partei- und überhaupt der Arbeiterpresse die Unterjüngung der Fabrikinspektoren bei jeder Gelegenheit den Arbeitern in deren eigenem wohlverstandenen Interesse dringend empfohlen wird, und gerade die sozialdemokratische Partei es ist, die im Reichstage und in den Landtagen für den Ausbau des Fabrikinspektors auf's energischste eintritt.

**Das Gewerbegericht in Halle a. S.** hat, den Anträgen der Arbeiterbeisitzer stattgebend, u. a. beschloffen, vom Magistrat zu fordern, daß das Ortsstatut nach der Richtung hin geändert werde, daß künftig „diejenigen, welche mindestens ein Jahr entweder in Halle arbeiten oder wohnen (wenn sie momentan auch arbeitslos sind), wahlberechtigt sind“. Ferner soll die Zahl der Gewerbegerichts-Beisitzer bei jeder Wahl auf 60 Mitglieder vervollständigt werden, sodas auch für die nicht statutarisch ausgeschiedenen Erwahlten stattfinden müssen. Statutarisch soll der kommunale Arbeitsnachweis entsprechend der vom Gewerbegericht im Vorjahre angenommenen Vorlage eingeführt und der Beschluß des Magistrats, den Arbeitsnachweis dem Verein für Volkswohl“ zu übertragen, zu übertragen, zu übertragen werden.

**Ein städtisches Arbeitsamt** wird nun auch Vera erhalten. Die Stadtverordneten haben die betreffende Vorlage angenommen. Die in Beziehung auf die Organisation des Arbeitsamtes von einer Volksversammlung formulierten Wünsche der Arbeiter sind leider nicht berücksichtigt worden, was der Popularisierung des Instituts hinderlich sein muß.

**Arbeitslos** soll nach Ansicht einiger Fabrikinspektoren „häufig“ der Grund zur Arbeitslosigkeit sein. Wie unberechtigt diese Behauptung ist, zeigt wieder ein Inserat, das in Stettiner Blättern zu lesen war. Es lautet: „Derliche Bitte an edle Menschenfreunde! Ein mir als fleißig und gewissenhaft bekannter Familienvater von vier jungen Kindern ist seit

**März brot- und kellenlos.** Er scheut keine Arbeit, seine Kraft verlagert aber bei schwerer Erdbarbeit, da er als ehemaliger Handlungsreisender nicht daran gewöhnt ist und zumal bei schlechter Nahrung nicht dazu im Stande ist. Er ist in der äußersten Noth. Seine Kinder schreien nach Brot und er kann ihnen keins geben. Mittags hat er mit den Seinen seit vier Wochen nicht mehr essen können. Alle bisherigen Unterstützungen konnten doch nur dazu dienen, sein Elend zu fristen. Wer kann ihm einen Dienst als Bote, Schreiber, Bureauhilfe geben oder nachweisen? Wer kann ihm eine kleine Unterstüfung geben? Ich quittire über die Gaben in diesem Blatte. Gott segne Geber und Geisler, Stettin, 6. Juli 1895. Kopp, Prediger am Gefängniß.

**Arbeitszettel.** Die Generalkommission fahrt zu diesem Thema im „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ folgendes aus:

„Gegen die Beschaffung von Formularen zu Arbeitsverträgen in Form dieser Arbeitszettel wird sich nichts einwenden lassen, denn die kleinen Arbeitgeber haben keine Verstattordnung oder dergleichen und gerade aus dem Mangel irgend welcher schriftlichen Vereinbarung entspringt eine große Zahl Streitigkeiten, bei deren Entscheidung das Gewerbegericht auf die Aussagen der Streitenden angewiesen ist. Diese Neuerung würde die Zahl der Streitigkeiten vermindern oder deren Entscheidung erleichtern. Besonders dürfte sie aber auch auf die unsauberen Arbeitgeber nicht ohne Einfluß sein. Heute wird bei dem kleinen Arbeitgeber nur ausnahmsweise, bei Eintritt der Arbeit, nach den Arbeitsbedingungen gefragt, und der Arbeiter kehrt am Jahrtag der Werkstätte wieder den Rücken, wenn er, nachdem er mehrere Tage gearbeitet, erfährt, was er dafür an Lohn erhalten soll. So wechseln die Arbeitskräfte von Woche zu Woche und der Arbeitgeber weiß sich dadurch billige Arbeit herstellen zu lassen. Bei einer allgemeinen Einführung der Arbeitszettel würden diese Arbeitgeber dieselben allerdings nicht benutzen, der Arbeiter würde hieran aber sehen, daß Ursache vorhanden ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschweigen.“

So vorthelhaft die Sache an sich auch wäre, so scheint der vorstehende Arbeitszettel (nämlich der in der Frankfurter „Volkstimme“ veröffentlichte, im Vorwärts wiedergegebene, N. d. B.) dem Zwecke doch nicht zu entsprechen. Besonders unpraktisch erscheint uns die Einrichtung auf dem Formular, daß das nicht Zutreffende zu durchstreichen ist. Eine solche Einrichtung wird zu mancherlei Irrthümern und neuen Streitigkeiten Veranlassung geben. Der Vordruck kann jedenfalls so eingerichtet werden, daß bei Hinzufügung einiger Worte die getroffene Vereinbarung keinem Zweifel unterliegen kann.

In dem Frankfurter Formular fehlt aber gerade die Bestimmung, welche am notwendigsten ist, um Streitigkeiten zu vermeiden. Die Dauer der Arbeitszeit muß unter allen Umständen in den Arbeitsbedingungen angeführt werden, sonst verlieren die Lohnbestimmungen vollständig ihren Werth. Der mit den Arbeitsverhältnissen in keinem Verhältnisse Vertraute weiß, wie gerade der Mangel einer Bestimmung über die Arbeitszeit zu erheblichen Differenzen und Zwistigkeiten führt. Der Arbeitgeber, welcher den Anforderungen der Arbeiter gerecht werden will, wird eine solche Bestimmung für selbstverständlich halten. Es wird sogar notwendig sein, daß die Pausen genau bestimmt werden. Dadurch wird das Formular zwar etwas weislaufiger, sichert aber beide Theile vor Streitigkeiten, die ihren Grund in nicht präzise gefaßten Vertragsbestimmungen haben. Wir denken uns das Formular so:

#### Arbeitsbedingungen

- des . . . . . Arbeitgebers
1. Der Arbeitsantritt erfolgt am . . . . .
  2. Der Lohn beträgt pro . . . . . M.  
Bei Wochenlohn werden die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage . . . . . mit bezahlt.  
Der Lohn wird bezahlt alle . . . . . Tage am . . . . .  
Erreicht das Arbeitsverhältnis aus irgend einem Grunde vor dem Jahrtage sein Ende, so ist der rückständige Lohn . . . . . zu zahlen.
  3. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag . . . . . Stunden und dauert vormittags von . . . . . bis . . . . . und von . . . . . bis . . . . . Uhr.  
Nachmittags von . . . . . bis . . . . . und von . . . . . bis . . . . . Uhr.  
Bei Ueberstunden wird pro Stunde ein Aufschlag von . . . . . Pf. gezahlt.  
Bei Sonntagsarbeit wird pro Stunde ein Aufschlag von . . . . . Pf. gezahlt.  
Bei Akkord wird derselbe Aufschlag bezahlt.  
Bei Wochenlohn wird: Sonntagsarbeit pro Stunde mit . . . . . Pf.  
Ueberzeitarbeit pro Stunde mit . . . . . Pf. bezahlt.
  4. Kündigung.
  5. Entlassung.
  6. Besondere Bestimmungen (wie in dem Frankfurter Entwurf).  
Dabei soll nicht gesagt sein, daß damit alle eventuell noch notwendigen Bestimmungen getroffen seien, die angegebenen sind aber jedenfalls unter allen Umständen notwendig.  
Wenn die Gewerbegerichte Veranlassung nehmen würden, für die Einführung solcher Vertragsformulare zu wirken, so könnte mancher Mißstand in den kleineren Arbeitsstätten beseitigt werden.“

Diesen Ausführungen der Generalkommission stimmt die Frankfurter „Volkstimme“ zu, indem sie schreibt: „Es muß allerdings zugegeben werden, daß die bei dem Frankfurter Formular-Entwurf vorgesehenen Streichungen leicht zu Verwirrungen führen können. Der Vorschlag des „Korresp.“ erscheint entschieden klar; wir empfehlen die Sache unseren gewerkschaftlich organisierten Genossen und besonders auch den Arbeiterbeisitzern im Gewerbegericht zur Berathung und Prüfung.“

### Gewerkschaftliches.

**Achtung, Steinarbeiter!** In Leipzig haben die Kollegen auf einigen Werkplätzen die Arbeit wegen Lohnminderungen niedergelegt. Die Meister weigern sich, den vereinbarten Satz von 2 M. 40 Pf. für den Quadratmeter scharrieter Flächen zu bezahlen, wollten vielmehr nur 2 M. geben, was sich die Kollegen unter keinen Umständen gefallen lassen konnten. Eine Vereinbarung ist bis heute noch nicht möglich gewesen. Die Kollegen hoffen aber bestimmt, daß sie ein günstiges Resultat erzielen werden. Wir bitten nun, den Bezug streng fernzuhalten. Der Zentralausschuß der Steinarbeiter Deutschlands, J. A.: P. H. Thomas, Nixdorf (Berlin), Riethestr. 35.

Bei dem Steinmetzmeister Anders ist, wie im Anschluß hieran mitgeteilt sei, nach nur halbständigem Ruhenlassen der Arbeit, die Gehilfenforderung bewilligt worden.

**Die Bauarbeiter Berlins** werden darauf aufmerksam gemacht, daß für die Streikenden in Hensburg vom Zentralvorstand Listen aufgegeben werden, die am Sonntag, 21. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Tempel, Langestr. 65, zur Ausgabe gelangen. Die Verusgenossen werden ersucht, recht rege die Sammlungen zu betreiben. Karl Heidemann.

**Achtung, Maurer Berlin!** Auf dem Bau des Maurermeisters Weber, Haus- und Fregestraßen-Ecke in Friedenau, haben wegen Lohnminderungen die Maurer die Arbeit niedergelegt. Die Verusgenossen werden gebeten, dies zu beachten.

**Aus Halle.** Der von den Bauunternehmern erwartete Zugang von Streikbrechern ist ausgeblieben. Der Ausstand der Maurer und Arbeiterleute läßt also das Beste hoffen. Die Zahl der streikenden Zimmerer hat sich vermehrt. Einige Unternehmer haben deren Forderungen bewilligt.

Der Maurerstreik in Ummendorf bei Halle ist zu Ende. Sämmtliche Maurer belamen den Stundenlohn um 1 Pf. erhöht. Sie erhalten jetzt 36 Pf.

**Beendet ist der Streik der Stuhlarbeiter** von Rena, Schulze u. Komp. in Bremen. Die Firma hat sich, wie wir in der „Bremser Bürgerzeitung“ lesen, verpflichtet, 85 Arbeiter resp. Arbeiterinnen von den Streikenden sofort wieder in Beschäftigung zu nehmen, während es ihr obliegt, die übrigen bis spätestens zum 1. September nach und nach einzustellen. Gezüglich der Einstellung der drei Gemahregelten soll unter den gegebenen Umständen eine Verpflichtung für die Firma nicht bestehen, dagegen soll der gesamte in Folge der plötzlichen Arbeits-einstellung laut Gesetz und Fabrikordnung der Firma verfallene rückständige Lohn zur Unterstüfung der von jetzt bis zum 1. September noch außer Arbeit stehenden Verwendung finden.

**Aus Schmöln** wird dem Altenburger „Wähler“ geschrieben, daß der Knopfarbeiter-Streik als beendet betrachtet werden dürfe. Dann heißt es weiter: Bekanntlich sollte am 1. Juli die Aufbesserung der einzelnen Punkte des Minimaltarifs, die am meisten von den Arbeitern beanstandet wurden, eintreten. Triumphierend hatte das Organ der Gewerksvereiner „Die Giche“ damals berichtet, daß nichts, gar nichts von der organisierten Arbeiterchaft Schmölns erreicht worden sei und daß bloß die Ungeschicklichkeit der Streikleitung es gewesen wäre, die, wie man zu sagen pflegt, den Karren in den Dreck „gefahren“ hätte. Es hat aber den lieben guten Gewerksvereiner nichts genügt, daß sie in dieser Weise auf die Fabrikanten einbehalten. Die Lohnaufbesserung ist gemäß dem Versprechen des Kommerzienraths Donath nunmehr erfolgt. Wir hegen auch keinen Zweifel, daß die übrigen Arbeitgeber, die dasselbe zu zahlen versprochen, wie Herr Donath, ihrem Versprechen nachkommen werden.

**Zu Chemnitz** waren vom Schöffengericht die ehemaligen Leiter des aufgelösten Gewerkschaftskartells, die Genossen Juchschwerdt, Kaps, C. Niemann, Enders und Eckhardt von der Anklage freigesprochen worden, durch Zulassung von Vertretern der Einzelmitglieder des Metallarbeiterverbandes das Vereinsgesetz verletzt zu haben. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und hat damit auch theilweisen Erfolg gehabt. Das Landgericht verurtheilte Niemann zu 50, Juchschwerdt, Kaps und Enders zu 25 M. Geldstrafe und zu gemeinschaftlicher Tragung der Kosten der Vorderinstanz. Eckhardt wurde freigesprochen. Die Kosten der Berufung hat der Staat zu tragen.

**Die Maurer in Hof** in Bayern stehen in einer Lohnbewegung, weshalb Zugang dorthin streng zu vermeiden ist.

**Die Wiener Kutscher**, und zwar die sogenannten Einspannergehilfen, hatten an die Fahrwerksbesitzer folgende Forderungen gestellt: 1. Einführung des Bekleidungswezens und Regelung der Probefahrt; es dürfen nur solche Personen als Gehilfen verwendet werden, welche ein Pferde-wärterzeugniß haben und zwei Jahre im Gewerbe thätig waren. 2. Für Hintanhaltung der Proletarisierung der älteren Kutscher und zur Verhütung von Unglücksfällen durch minderjährige Kutscher sei das 20. Lebensjahr als Minimal-Altersgrenze festzusetzen. 3. Errichtung eines Anstaltshauses und Regelung der Stellenvermittlung. 4. Einführung einer Verdienstkontrolle zur Klarstellung und Erreichung gesunder Dienstverhältnisse. 5. Gewährung eines Ruhetages.

Die Fahrwerksbesitzer, organisiert in der antisemitischen Genossenschaft und in dem liberalen Klub der Einspanner-Eigentümer, vereinigten sich trotz ihres gegenseitigen politischen Hasses sofort, um die Wortführer der Kutscher zu maßregeln. Von allen Forderungen wollen die Fahrwerksbesitzer nur die nach Errichtung eines Anstaltshauses bewilligen. Ob sich die Kutscher das gefallen lassen, bleibt abzuwarten.

**Unter den Schwefelarbeitern Siziliens**, wohl den am ärgsten ausgebeuteten Proletariatsitaliens, gährt es heftig. Man beschärft „widerum Unruhen“. Die Regierung ist um „schleunige Intervention“ angegangen worden. Sie wird sicher nicht verfehlen, dem Angriff der Kapitalisten nachzukommen, indem sie, wie üblich, die hungernden Arbeiter mit blauen Wöhen sättigt oder sie in Gefängnissen und Strafolonien zum Schweigen bringt. Ehren-Grüpi versteht die „Stimme der Zeit“.

### Gerichts-Beitrag.

**Der Konzeptionsprozeß des Herrn Maurice** wurde am Dienstag verhandelt. Dem Richter des „Velle-Alliance-Theaters“ in Berlin, Maurice, hatte der Polizeipräsident unter dem 2. Mai 1895 die Erlaubniß zum Betriebe des Gewerbes als Schauspiel-Unternehmer erteilt. Auf Aufhebung der verfallenden Verfassung ist M. klagbar geworden. Der Bezirksausschuß beschloß Vertragung der Sache, nachdem der Vertreter des Polizeipräsidenten das Material, auf Grund dessen die Behörde dem Kläger jene Erlaubniß erteilt hatte, vorgelegt hatte. Der Kläger hatte bereits in den 80er Jahren in Hamburg die Konzeption als Schauspiel-Unternehmer erhalten, sie war ihm aber später entzogen worden.

**Im Kapitel des Vauschwindels.** Wegen vollendeten und verübten Betrugs in fünf Fällen hatte sich der „Bauunternehmer“ Johann Friedrich Christian Eilers aus Treuenbrietzen, zuletzt in Ludenwalde wohnhaft gewesen, vor dem Nixdorfer Schöffengericht zu verantworten. Aus der Verhandlung ergab sich, daß der Angeklagte ein Vauschwinder erster Klanges ist. Eilers ist gelernter Weber, später nannte er sich Arbeiter und schließlich betrieb er in Ludenwalde das Metier eines Winkelkonsulenten. Das letztere Geschäft brachte ihm jedoch nicht genug ein und so beschloß er, Bauunternehmer zu werden. Ohne einen Pfennig in der Tasche zog er nach Berlin und schon nach kurzer Zeit tauchte er in Nixdorf als Bauherr und Bauunternehmer auf und begann mit dem Bau einer Miethskaserne. Diefelbe wurde auch glücklich vollendet und bald darauf bezogen. Den größten Theil der Baugelder verbrauchte der saubere Herr Bauunternehmer jedoch für sich und die bedauernswürthen Handwerker hatten das Nachsehen. Einer der Gläubiger des neubackenen Hausbesizers suchte wenigstens etwas dadurch zu retten, daß er im November 1894 die Miethen für Dezember desselben Jahres pfänden ließ. Als die Miether sich daher im Dezember weigerten, an Eilers die Miethen zu zahlen, erklärte dieser, die Pfändung sei ungültig und übrigenfalls bereits wieder aufgehoben worden, man möge ihm daher ruhig die Miethen zahlen. In mehreren Fällen gelang es Eilers auch, durch diese falschen Vorspiegelungen die Miether zur Zahlung an ihn zu bewegen, wodurch mehrere arme Arbeiterfamilien erheblich geschädigt wurden, denn sie mußten später den Betrag noch einmal bezahlen. In allen Fällen hatte Eilers die Quittungen im Miethbuche vordatiert, so daß es den Anschein gewinnen sollte, als habe er das Geld schon vor der Pfändung erhalten, dieser Schwindler war aber etwas zu deutlich und wurde sofort erkannt. In einigen Fällen hatte Eilers wieder monatlang voraus quittirt, ohne überhaupt einen Pfennig erhalten zu haben, um so auf diese Weise späteren Pfändungen zuvor zu kommen. Aber auch das mußte ihm nichts, denn das Haus wurde bald darauf gerichtlich verkauft, wobei natürlich sämmtliche Handwerker-Forderungen in Höhe von 10 000 Mark ausfielen. Wegen der Miethschwindelacten wurde Anklage erhoben. Im Audienztermin erklärte der Angeklagte, er habe geglaubt, daß Miethen überhaupt nicht pfändbar seien und deshalb habe er dieselben eingezogen. In diesen Glauben sei er durch ein Erkenntniß des Landgerichts zu Potsdam gekommen, welches er dem Gerichtshofe überreichte. Die Verlesung des betr. Urtheils ergab jedoch, daß der Angeklagte aus demselben unmöglich zu der Ansicht gelangen konnte, daß Miethen unpfändbar seien, diese Angabe vielmehr nur eine leere Ausrede war. Da Eilers bereits wegen Diebstahls mit 1 1/2 Jahren und wegen Betrugs mit 6 Wochen Gefängniß vor-

bestraft ist, beantragte der Staatsanwalt gegen denselben vier Monate Gefängniß. Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß den Vauschwindlern das Handwerk durch strengere Strafen gelegt werden müsse und erkannte auf sechs Monate Gefängniß.

**Von prinzipieller Bedeutung für das Schiffvergewerbe** ist ein Urtheil, welches dieser Tage das Reichsversicherungsamt fällt. Der Heizer Reifenschläger war, wie die „V. Z.“ meldet, auf der „Italia“, welche im Hafen lag, beschäftigt; er bekam 3 M. 50 Pf. Gehalt pro Tag und mußte sich selbst befütigen. Im Januar v. J. ging Reifenschläger ans Land, angeblich um Lebensmittel zu kaufen. Den Aufenthalt am Lande benutzte Reifenschläger, um einige Wirthschaften zu besuchen und sich einen kleinen Rausch zu trinken. Auf dem Rückweg nach der „Italia“ fiel er ins Wasser und erlittete sich hierbei derart, daß er kurz darauf im Krankenhaus verstarb. Die Wittve des Verstorbenen beantragte ohne Erfolg bei der See-Verusgenossenschaft eine Rente. Das Schiedsgericht entschied jedoch zu gunsten der Wittve. Gegen diese Entscheidung legte sodann die See-Verusgenossenschaft Rekurs beim Reichs-Versicherungskamt ein und verneinte das Vorliegen eines Betriebsunfalls. Reifenschläger habe sich vom Schiff ans Land begeben und sei mit dem Verlassen des Schiffes aus dem Betriebe ausgetreten. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts seien aber Unfälle auf dem Wege zur Betriebsstätte nicht als Betriebsunfälle anzusehen. Diese Wege seien vielmehr als Handlungen, die nur zu dem Zwecke erfolgen, um erst zu dem Betriebe zu gelangen, keine Betriebsvorgänge. Das Reichs-Versicherungskamt entschied aber ebenfalls zu ungunsten der Verusgenossenschaft und erachtete einen Betriebsunfall für vorliegend. Nach Ansicht des Reichs-Versicherungsamts ist die Schiffsmannschaft nicht nur gegen die Gefahr auf dem Schiffe, sondern auch gegen die dem Betriebe eigenthümliche Wassergefahr als solche versichert. Dahin gehört auch die durch die Nothwendigkeit, öfter an Land zu gehen, hervorgerufene Gefahr des Ab- und Zuganges vom bezw. zum Schiffe.

**Au das Unerhörte grenzte die Vergewaltigung einer** Miethpartei durch die Hauswirthin, welche gestern die erste Ferien-Strafkommer am Landgericht II beschäftigte. Auf der Anklagebank stand die verwitwete Hauseigenhümerin Anna Schropfer aus Neu-Wehsen, mit drei Helfershelfern, dem Arbeiter Johann Vetter, dem Arbeiter Albert Glowatsch und dem Maurer Emil Hermann. Außerdem stand noch die verehelichte Arbeiterin Ida Becker vor den Schranken. Sämmtliche Angeklagte waren wegen Körperverletzung angeklagt, die ersten vier außerdem wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Frau Schropfer für sich allein noch wegen Nöthigung. Die Verurtheilung ergab folgenden faum glaublichen Vorgang: Die Arbeiter Becker'schen Eheleute wohnten seit längerer Zeit im Hause der Frau Schropfer, doch kündigten dieselben am 1. Januar ihre Wohnung zum 1. April, um sich eine billigere Wohnung zu suchen. Man sagte es sich aber, daß der Chemann im Februar d. J. keine Arbeit hatte und für diesen Monat einen Theil der Miethen mit 4 M. schuldig bleiben mußte. Aus irgend einem nicht ersichtlichem Grunde wollte die Hausbesitzerin die Leute aber früher aus der Wohnung haben und sie nahm als Vorwand dazu den Miethereit. Ein Exmissionsverfahren einzuleiten, erschien der energischen Frau Wirthin viel zu umständlich, sie zog ein abgefärgtes Verfahren vor und drang mit den im selben Hause wohnhaften drei Männern Vetter, Glowatsch und Herrmann am Morgen des 8. März in die Becker'sche Wohnung. Die Frau war allein, der Mann war auf die Arbeitsfuche gegangen, sie mußte es über sich ergehen lassen, daß blühschnell die Thüren zur Küche und Wohnstube ausgehoben und ihre sämmtlichen Sachen auf die Straße geworfen wurden. Als Frau Becker sich widersetzen wollte, erhielt sie von allen Seiten Schläge. Frau Schropfer ließ sogar noch das Kaffeegeschirre der Leute in das Nachtgeschirre legen. Nachdem ein Gendarm zu Hilfe geholt war, wurde gegen die ersten vier Angeklagten die Anklage erhoben; da dieselben aber behaupteten, daß auch Frau Becker mit einem Gummi-schlauche geschlagen habe, so wurde diese ebenfalls angeklagt, doch ergab die Verurtheilung nach dieser Richtung hin nichts Belastendes. Der Vorsitzende wollte seinen Ohren nicht trauen, als Frau Schropfer behauptete, daß sie nicht gewußt habe, daß sie nicht ohne weiteres das Recht zu solchem Vorgehen habe, sondern erst auf Exmission klagen müßte; als aber dieselbe zugab, daß sie bereits 23 Jahre Hausbesitzerin sei, verlor sie alle Glaubwürdigkeit. Das Urtheil lautet für Frau Schropfer auf sechs Wochen Gefängniß, für Vetter und Glowatsch auf je einen Monat, für Herrmann auf drei Wochen Gefängniß. Frau Becker wurde freigesprochen.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Brüssel, 18. Juli. (V. Z.)** Offizielle Blätter versichern, die Regierung sei gewillt, bezüglich der Schulgesetz-Vorlage der Liberalen Konzeptionen hinsichtlich der Subsidien zu gewähren.

**Brüssel, 18. Juli. (W. Z. B.)** Die Repräsentanten-Kammer setzte heute die Berathung des Schulgesetzes fort. Die Sitzung war sehr erregt. Als der Minister des Auswärtigen de Burlet bemerkte, er belege diejenigen Eltern, welche ihre Kinder in der Woche des Atheismus verkommen lassen, erhob sich ein gewaltiger Lärm, die Sozialisten beschimpften die Minister, die Mitglieder der Linken und der Rechten tiefen sich gegenseitig Drohungen zu. Der Präsident hob die Sitzung auf. Nach Wiederaufnahme derselben bringt Herincx, Deputirter für Brüssel, einen Antrag ein, sich dahin zu einigen, daß über die Frage der Unterstüfungsgelder sofort berathen werde, der Rest der Vorlage verlagte und an eine Spezialkommission verwiesen werde. Der Antrag wird abgelehnt. Vandewelde schlägt vor, den auf die Erziehung bezüglichen Theil der Vorlage zu vertragen und sodort über die Maßregeln zu berathen, die sich auf die Verbesserung der Lage der Lehrer beziehen. Vorand hatte Vertragung der ganzen Berathung über das Schulgesetz auf das nächste Jahr beantragt, erklärt sich jedoch mit dem Vorschlag Vandeweldes einverstanden. Dieser Vorschlag wird mit 88 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

**London, 18. Juli. (W. Z. B.)** Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Sidney gemeldet wird, wurden durch einen großen Erdrusch in einer Mine bei Brokenhill acht Personen getödtet und zwei verwundet.

**Sofia, 18. Juli. (V. Z.)** Das Bekanntwerden von Stambulow's Tod hat in der ganzen Stadt eine große Erregung hervorgerufen, die sich nicht so sehr gegen die Regierung als gegen den Fürsten Ferdinand richtet. Die Freunde Stambulow's beschuldigen den Fürsten geradezu, daß er allein das Hauptinteresse am Tode Stambulow's hatte und versichern, daß, wenn es zum Prozeß gekommen wäre, Stambulow's Aussagen für den Fürsten höchst kompromittirend gewesen sein würden. Es bricht sich jetzt auch die Ueberzeugung Bahn, daß Fürst Ferdinand gar nicht mehr nach Bulgarien zurückkehren werde. Die russophile Partei erdortet ernstlich den Plan, den Fürsten zu entthronen und seinen Sohn unter einer von Rußland zu bestimmenden Regentschaft zum Fürsten von Bulgarien zu proklamieren.

**Sofia, 18. Juli. (W. Z. B.)** Die Leiche Stambulow's ist ausgebahrt. Das Begräbniß findet am Sonnabend Nachmittag 2 Uhr statt. Kondolenztelegramme an die Wittve sind unter anderen eingegangen vom Prinzen von Wales und von den Regierungen Englands und Rumäniens. Die Meldung, daß einige Vertreter auswärtiger Mächte bei dem Tode Stambulow's zugegen waren, bestärkt sich nicht; dieselben waren theils vor, theils nach dem Ableben erschienen.

**Konstantinopel, 18. Juli. (V. Z.)** 6000 Mann der hiesigen Garvison erhielten Befehl, sich zum Abmarsch nach Maledonten bereit zu halten.

## Parteilosen! Arbeiter!

Im November d. J. finden im 2., 5., 7., 11., 13., 15., 17., 24., 27., 30., 33., 35., 39. und 42. Kommunalwahlbezirk III. Abtheilung die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner, der Preusse und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahr in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (660—900 Mark Einkommen) eingeschätzt ist.

Die Liste der Stimmfähigen Bürger liegt bis zum 30. Juli d. J. täglich, also auch Sonntags, von 9—3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Ueber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes ist es nothwendig, daß jeder stimmfähige Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einsichtnahme in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten, und richten diese Aufforderung besonders auch an diejenigen Wähler, welche wegen nicht vollbezahlter Fur- und Verpflegungskosten in städtischen Krankenhäusern nicht in die Wählerliste aufgenommen bzw. aus derselben gestrichen sind.

Der Magistrat betrachtet nämlich die Aufnahme und Behandlung in städtischen Krankenhäusern auch dann als eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, wenn die dadurch entstandenen Kosten durch Ratenzahlungen abgetragen wird.

Die Stadtverordneten-Versammlung dagegen hat wiederholt beschlossen, daß Krankenhausschulden, welche durch Ratenzahlungen getilgt werden, nicht zum Verlust des Wahlrechts führen, und den Magistrat aufgefordert, demgemäß zu verfahren.

Da der Magistrat trotzdem an seiner Auffassung festhält, so fordern wir in der Gewissheit, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Eintragung in die Wählerlisten beschließen wird, diejenigen Wähler, denen aus oben bezeichneter Veranlassung das Wahlrecht entzogen wird, hiermit auf, beim Magistrat schriftlich Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu erheben. Wir bemerken noch, daß auch die Gewährung des Armenrechts zur Führung von Prozessen nicht als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln gilt.

Parteilosen! Zur Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen muß zunächst die Kontrollirung der Wählerlisten organisiert werden.

**Auf an's Werk!** Die Listen liegen bis zum 30. d. M. täglich von 9 bis 3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Für diejenigen Wähler, welche nicht in der Liste sind, die Wählerlisten selbst einzusehen, sind die nachstehend aufgeführten Parteigenossen bereit, dies zu thun:

**Für den 2. Kommunal-Wahlbezirk:** Sommer-Grünstr. 21; Linke, Hüdenstr. 36; Stodtsisch, Holzgartenstraße 5; Gärtner, Rollenstr. 12.

**Für den 5. Kommunal-Wahlbezirk:** Schulz, Prinz-Albrechtstr. 3a; Schumacher, Kochstr. 6; Hertel, Besselstraße 14; Kafeloff, Friedrichstr. 234; Saff, Marktgrafenstraße 102; Neumann, Marktgrafenstr. 23; Zubeil, Lindenstraße 106; Müller, Wilhelmstr. 16; Pohl, Junferstr. 12.

**Für den 7. Kommunal-Wahlbezirk:** Werner, Bülowsstraße 59; Faber, Althofstr. 4; Wehrendt, Blumenhalsstraße 5.

**Für den 11. Kommunal-Wahlbezirk:** Raumann, Mäckerstr. 42; Müller, Gräfenstr. 31; Schonheim, Gräfenstraße 8; Wendorf, Friesenstr. 4; Reichert, Wilsbald-Allee 22; Grube, Mariendorferstr. 5; Rißing, Belle-Alliancestr. 74.

**Für den 13. Kommunal-Wahlbezirk:** Köppen, Reichenbergerstraße 118; Schayer, Reichenbergerstraße 54; Feigentreff, Reichenbergerstr. 21; Gottfried Schulz, Admitstr. 40a.

**Für den 15. Kommunal-Wahlbezirk:** Streit, Raunynstr. 86; Th. Mehner, Raunynstr. 67, II; Henke, Raunynstr. 26.

**Für den 17. Kommunal-Wahlbezirk:** Lindemann, Moritzstr. 9; Wolsdorf, Wassertorstr. 20; Börner, Ritterstr. 15.

**Für den 24. Kommunal-Wahlbezirk:** Owjarek, Langestr. 65; Albert Böhl, Müdersdorferstr. 8.

**Für den 27. Kommunal-Wahlbezirk:** W. Loß, Friedrichsbergerstr. 11; F. Bach, Straußbergerstr. 34.

**Für den 30. Kommunal-Wahlbezirk:** Bernau, Rosenhallerstr. 57; Wasmann, Linienstr. 29.

**Für den 33. Kommunal-Wahlbezirk:** Oberschmidt, Weinbergsweg 114; Wihel, Alderstr. 146; Thomas, Gartenstraße 152; Mars, Kasanien-Allee 95/96.

**Für den 35. Kommunal-Wahlbezirk:** Viehle, Schwebelstr. 33; Galbert, Fürstendörferstr. 5; Raabe, Ruppinerstr. 42; Scheyer, Brunnenstr. 44; Rosenthal, Grauseerstr. 6.

**Für den 42. Kommunal-Wahlbezirk:** Tauschel, Grenzstr. 4; Kerber, Hochstr. 30; Haiserland, Wellermannstraße 87; Wolfram, Prinzen-Allee 21; Gasmann, Grünthalierstr. 67; Stolzenburg, Wiesenstr. 14; Pöfster, Badstr. 42/43; Hobein, Buttmanstr. 2.

## Lokales.

**Das Wahlrecht für die Stadtverordnetenwahlen** wird nach und zugegangenen glaubwürdigen Mittheilungen von einigen kenntnisreichen Beamten in geradezu ungeheurer Art den Arbeitern beschnitten. Es ist vorgekommen, daß ein städtischer Beamter die Aufnahme eines Arbeiters in die Wählerlisten um deshalb abgelehnt hat, weil der betreffende Unfallrente auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes bezieht und weil — nach Ansicht des Beamten eine Unfallrente eine Armenunterstützung sei! Die Ansicht des Beamten ist völlig unhaltbar. Weder Unfallrenten, noch Altersrenten, noch Invalidenrenten sind Armenunterstützungen. Sie sind vielmehr wohlverdiente Rechte der betreffenden Arbeiter. Der Umstand, daß die — der Höhe nach allerdings als Almosen häufig zu erachtenden — auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes, des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes zu zahlenden Renten keine Armenunterstützungen sind, ist fast der einzige Vortheil der sogenannten sozialpolitischen Versicherungsgesetze.

Wer in der Wählerliste nicht aufgenommen ist, weil er Unfallrente, Altersrente, Invaliditätsrente oder Krankentagegeld bezieht, beantrage seine Eintragung durch ein etwa folgendermaßen lautendes Schriftstück:

In der Wählerliste bin ich nicht aufgenommen, wiewohl ich wahlberechtigt bin. Ich verlange meine Aufnahme in die Liste und erhebe gegen die Richtigkeit der Wählerliste hiermit Einspruch.

Dieses Schriftstück muß spätestens am 30. Juli 1895 dem Magistrat eingereicht sein. Außerdem veräume der zu unrecht in der Wählerliste nicht Aufgenommene nicht, dies und die Mittheilung, daß er Berechtigung beantragt hat, unserer Redaktion mitzutheilen, damit unsere Genossen im rothen Hause später im Besitz hinreichenden Materials sind.

Ebenso verahre jeder, der Krankenhausschulden für sich oder seine Familienangehörigen noch nicht bezahlt hat und deshalb Aufnahme in der Wählerliste nicht gefunden hat. Der Rückstand mit Krankenhausschulden ist keineswegs mit dem Empfang von „Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln“ gleichbedeutend. Es schene niemand die kleine Mühe, schriftlich Einspruch gegen die Beschneidung des Wahlrechts zu erheben — handelt es sich doch um das höchste politische Recht des Einzelnen.

Die Lokalkommission macht darauf aufmerksam, daß das Lokal „Reptunshain“, wozu der Verein Gambinuss am Sonnabend eine Partie macht, für die Arbeiterschaft gesperrt ist. J. A.: Karl Scholz, Brangelstr. 32.

**Achtung, Charlottenburg!** Im November dieses Jahres hat die dritte Abtheilung in sämtlichen Kommunalwahlbezirken die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung vorzunehmen. Jeder Wahlberechtigte hat die Pflicht, die Wählerliste daraufhin zu revidiren, ob sein Name ordnungsmäßig darin verzeichnet steht. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß viele derjenigen Wähler, welche zur Zeit zu dem an unserm Orte bekanntlich nicht erhobenen Steuerbetrage von 4 M. eingeschätzt sind, in den Listen nicht verzeichnet stehen. Mögen diese Wähler ganz besonders genau die Revisionspflicht ausüben. Die Wählerlisten liegen bis zum 30. Juli täglich, also auch Sonntags, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Rathhause, Berlinerstraße 73, vorn links, hochparterre, zu jedermanns Einsicht aus. Solche Wähler, denen es nicht möglich ist, die Listen selber nachzusehen, ersuchen wir, sich an folgende Genossen zu wenden, welche die Kontrolle übernehmen werden: Gastwirth Beyer, Wallstr. 98, Gastwirth Bredlow, Kugsburgerstr. 78, Corte, Wilmersdorferstr. 46, v. 4. Tr., Gastwirth Gimpel, Odendörferstr. 23, Gastwirth Hochmuth, Krümmenstraße 19, Gastwirth Leber, Bismarckstr. 74, Gastwirth Wolter, Magazinstr. 13, Scharnberg, Wilmersdorferstr. 124, Hof 3 Tr.

Die moderne Glorie der evangelischen Landeskirche wird recht niedlich gelegentlich einer Frage veranschaulicht, die wir in der „Vollst.-Zeitung“ erörtern finden. Es heißt dort: „Kann der Kaiser von der Kanzel predigen? Mit dieser Doktorfrage beschäftigen sich hiesige theologische Kreise. Bekanntlich hält der Kaiser auf seinen Seereisen des öfteren die Schiffs-Gottesdienste selber in aller Form ab. Nun hat diese Thatsache Veranlassung in den gedachten Kreisen gegeben zu der weiteren Frage, ob der Kaiser auch berechtigt wäre, in der evangelischen Landeskirche, die Kanzel zu betreten und eine Predigt zu halten. Während die einen das für kirchenrechtlich nicht thunlich und möglich halten, behaupten die andern, und zwar allen Ernstes, daß er dies in der That doch könne, und zwar mit vollem Fug und Recht. Als summus episcopus, als erster und höchster Bischof der Landeskirche sei er — so meint man hier und da durchaus ernstlich — dazu ohne Zweifel berechtigt. Und wenn dagegen gesagt werde, er habe doch die Weihe und Ordination nicht empfangen, so sei auch das kein durchschlagender Einwand. Einmal können in der evangelischen Kirche auch die Kandidaten schon predigen, ohne die theologischen Prüfungen bestanden oder gar die Ordination empfangen zu haben. Aber ganz abgesehen davon berechtige doch die thatsächliche Stellung des Landesherrn als Bischof der Landeskirche ihn schon ohne weiteres zu allen Funktionen, welche dem Bischof als solchem zustehen.“ — Das wollten wir denn doch auch meinen!

**Ueber den gewerbmäßigen Vermittler von Millionen-Erbschaften,** den Schwindler Friedrich Ludwig Theodor Mundt, zur Zeit in Firma Mundt u. Comp. in London, der, wie bekannt, sein letztes Opfer in der „Niddorfer Millionenerin“ Hulda Bär gefunden hat, erfahren hiesige Blätter einige interessante Mittheilungen. Danach begann Mundt seine Laufbahn als Schreiber bei einem Rechtsanwalt in Halle a. S., der Wandertrieb wurde jedoch früh in ihm lebendig. So durchstreifte er seit der Mitte der fünfziger Jahre ganz Sachsen und Thüringen als Lehrer der Schnellschrift (Sabelsberger's), wobei er sich den schönen Namen „Oberstenograph“ beilegte. Seine Lehrgänge wurden freilich niemals zu Ende geführt, weil regelmäßig unerwartete Umstände den Oberstenographen zur Abreise nöthigten, merkwürdigerweise aber immer erst dann, wenn er das Geld für den Unterricht im voraus eingenommen hatte. In Schlesien wurde er im Jahre 1857, als er einen Lehrgang ausgeschrieben und einen Wärrer um fünf Thaler angeborgt hatte, wegen Landstreicherei eingestraft und nach achtjähriger Haft mit Zwangspass in seine Heimath geschickt. Er geht jedoch nicht nach Halle, sondern taucht im Dezember 1857 in Oldenburg auf und verlobt sich schon kurz darauf als Federico Mundt, professoro della — tenografia o della lingua moderna mit der Tochter eines wohlhabenden Gutbesizers in der Lüneburger Heide. Leider erzählten daraufhin die bösen Zeitungen allerlei aus der Vergangenheit des Herrn Bräutigams, so daß die Verlobung gelöst wurde und Federico wieder zum Wandersnab greifen mußte. Er durchzog Mecklenburg und wollte in Schwerin gerade einen Lehrgang mit dreihundert Schülern beginnen, als er von der Polizei ausgewiesen wurde. Nun wandte er sich nach Preußen und ernannte sich selbst zum „Rektor der Stenographen-Akademie für die königlich preussische

Monarchie“. Unter diesem Titel, der ihn mehrere Male vor Gericht führte, ohne daß man ihm etwas anhaben konnte, trieb er sich wanderlehrend bis zum Jahre 1869 in Rheinland, Westfalen und Hannover herum. Im Jahre 1872 finden wir ihn in Zürich, wo es ihm anfangs so schlecht geht, daß er obdachlos in den Wäldern des Zürichbergs nächtigt und sich von gebratenen Schnecken nährt. Die Stenographie hat er an den Nagel gehängt, aus dem Professor und Rektor ist ein einfacher Doktor geworden. Nach Schweizer Sitte hat er einen Doppelnamen angenommen und nennt sich Dr. Theodor Mundt-Lauff. Nach mannigfachen Irrfahrten, und nachdem er wiederholt mit den schweizerischen, belgischen und preussischen Polizeibehörden in Konflikt gerathen war, tauchte er endlich in London auf, von wo aus er eine lange Reihe von großartigen Erbschaftsschwindelen in Szene setzte.

Die anspruchsvolle Art, mit der die Innungen von ihren „Leistungen“ zu reden gewöhnt sind, zeigt sich wieder in einer Bekanntmachung des Ausschusses der vereinigten Innungen Berlins, in der den Junfbrüder nahe gelegt wird, die Lehrlingsvermittlung selbst in die Hand zu nehmen. Die Innungen sind die Träger des Lehrlingswesens, heißt es dort, durchgreifende Besserung im Lehrlingswesen ist nicht früher möglich, ehe den Innungen nicht weitergehende Rechte durch Gesetz eingeräumt sind.“ Also noch mehr Privilegien, die, wie die Erfahrung lehrt, lediglich dazu dienen, die Eier der Postträger nach neuen „Schutzbestimmungen“ für das aus-einanderbröckelnde Handwerk zu steigern. Man will eine Denkschrift über die Lehrlingsfrage in Verbindung mit einer Petition an die Regierung, wie verlautet, in der nächsten Zeit abgeben lassen. Alle Welt weiß, daß nirgend die Lehrlingsausbeutung raffinierter betrieben wird, als gerade in den Innungskreisen. Es wäre wirklich mehr als wunderbar, wenn die Regierung eine weitere Ausdehnung der „Rechte“ der Innungen nach dieser Richtung hin befürworten wollte.

Der Anarchistenheute ist dieser Tage ein Ausländer zum Opfer gefallen. Ein Kaufmann Leo Wittmann aus Oesterreich, der früher von Buzarest aus für den „Sozialist“ Korrespondent hatte, hat sich hier seit einiger Zeit aufgehalten und mit Anarchisten im Norden der Stadt Verkehr gepflegt. Dies war von der Polizei bemerkt worden und die Folge war, daß am verflohenen Sonnabend früh um 5 1/2 Uhr in der Schlafstube des Wittmanns Scharnhorststr. 3 inne hatte, eine umfassende Hausdurchsuchung abgehalten wurde. Alles, was die Polizei an Briefen und Papieren vorfand, schleppte sie nach dem Alexanderplatz. Auch Wittmann wurde festgesetzt, jedoch am Nachmittage wieder mit der mündlichen Weisung entlassen, sich spätestens am Dienstag aus dem glücklichen Lande, so da Preußen heißt, zu entfernen. Der Staat ist gerettet.

Der Verlust eines Arbeitstages wird dem Proletariat in der bürgerlichen Presse angekündigt. Man berichtet nämlich von dem Plan, den heiligen Sedan, der in diesem Jahre zum 25. Male wiederkehrt, seiner Vergeßlichkeit zu entreißen und den Tag als großartiges Volksfest (!) u. a. durch Schließung aller Geschäfte und Fabriketablissemens zu feiern. Da es nicht in der Art unserer patriotischen Unternehmer liegt, ihren Lohnarbeitern den Ausfall an Verdienst, den sie durch unfreiwilliges Feiern erleiden, zu ersetzen, so wird die Berliner Arbeiterschaft auf das nachdrücklichste zu protestiren haben, falls man ihr mit dem morbospatriotischen Anstrome kommen sollte.

Mit der politischen Wendung, die dem Höllemaschinen-Attentat auf den Polizei-Obersten Krause gegeben werden sollte, ist es auch Effig. Der Verdacht richtete sich, wie gemeldet wird, gegen den 19jährigen stud. ehom. G. v. Arnhold, der in Charlottenburg in der Nardstr. 24a im 2. Stock bei einer Frau Begoll wohnt. v. Arnhold stammt aus Warschau und ist russischer Unterthan. Er hielt sich früher in Dresden und erst seit April d. J. hier auf. „Verdächtig“ hatte sich der junge Mann bei seiner Wirthin durch verschiedene Aeußerungen gemacht, die er vor dem Attentat gethan haben sollte. Die Wirthin wollte von ihm gehört haben, daß er fragte, ob man in einem Tage nach Fürstenuwalde und zurück kommen könne, außerdem sollte er vorher davon gesprochen haben, daß er eine Maschine anfertigen oder anschaffen wolle. Die Wirthin ging schleunigst auf die Polizei und diese legte der von der alten Dame gebrachten Meldung große Wichtigkeit bei. Sie ließ den Verdächtigen auch selbst in seinem Zimmer vom Zimmer und Balkon der Wirthin aus durch mehrere Beamte zwei Tage und eine Nacht hindurch beobachtet und untersuchte u. a. auch seine Tinte daraufhin, ob mit ihr der Stempel der Riste angefertigt sein könnte. Der Verdacht schien (!) eine zeitlang so stark zu sein, daß man von Arnhold am Sonntag aus seiner Wohnung abholte und mit einer Drofsche nach dem Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz brachte. Auch noch ein zweiter junger Mann und ferner mehrere Kellerinnen, mit denen von Arnhold verkehrte, wurden festgesetzt. Der verdächtige russische Student und auch die anderen Personen wurden jedoch noch am Sonntag wieder auf freien Fuß gesetzt. v. Arnhold behauptet, daß er von Fürstenuwalde überhaupt nicht gesprochen habe, sondern von Ludenwalde.

Nicht vier, sondern fünf Militärmusiker sind, wie und berichtet wird, zu je 14 Tagen Arrest verurtheilt worden, weil sie unsere Parteigenossen auf der Waisfeier in Weimanns Volksgarten durch das Spielen fröhlicher Weisen erfreut haben. Unsere vorgestrigte Notiz ist mithin entsprechend zu ergänzen. Bürgerliche Blätter geben der Meldung dieses Falles übrigens einen Inhalt, der die Absicht erkennen läßt, sozialdemokratische Musiker als die Denunzianten hinzustellen. Für eine derartige Verdächtigung fehlt jeder Grund. Der Fall ist zuerst zur Sprache gekommen in einer Mitte Mai abgehaltenen Versammlung des patriotischen „Vereins Berliner Musiker“, in der der Schriftführer Herr Kapellmeister Otto Antonius über die angebliche Ungehörigkeit referirte. Ein Exemplar des Organs dieser Vereinigung, in welcher der betreffende Versammlungsbericht enthalten ist, wurde aus seiner Zeit zur Verfügung gestellt, doch nahmen wir, um den armen Militärmusikern keine Ungelegenheit zu bereiten, davon Abstand, den harmlosen Fall weiter an die Oeffentlichkeit zu bringen. Es liegt nach allem klar zu Tage, daß es keine sozialdemokratischen Musiker waren, die aus Konkurrenzneid die fünf Militärmusiker ins Unglück gebracht haben. Das Denunziren überlassen die Sozialdemokraten den Patrioten jeglicher Couleur.

Nach Fertigstellung des Bahnhofs am Savignyplatz soll mit dem Bau eines großen Bahnhofs in Charlottenburg, der schon lange geplant ist, vorgegangen werden.

Der Direktor der vertrackten Operngesellschaft, über die wir vorgestern berichteten, Herr Bernhard Berger, schreibt uns, daß das Personal unter der Misere seines Unternehmens nicht zu leiden hatte, da alle Gagen zur Minute, in den meisten Fällen sogar durch bedeutende Vorstöße im Voraus bezahlt wurden. Ende Juni, so schreibt Herr Berger weiter, begab ich mich mit meinem Ensemble, welches ich auf meine Kosten hierher brachte, nach Berlin, wo jedoch das mit einem größeren Theater verabredete Projekt eines Opern-Jubils aus Gründen, deren Aufzählung hier zu weit führen würde, scheiterte. Hierauf habe ich mit den Mitgliedern





# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

**Sitzung der Ortsverwaltung**  
heute, Freitag Abend bei Schöning, Stallschreiberstr. 29.

## Bezirks-Versammlung:

**Offen:** Am Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn **Niess**, Weberstraße 17.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Wehl** über „Hypnotismus“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bezirksleiters und Schriftführers. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.

## Mitglieder-Versammlungen:

**Moabit:** Am Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn **Lange**, Stromstraße 28.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: „Maltheus und seine Verdüsterungstheorie“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

**Friedrichsberg und Kummelsburg:** Am Montag, den 22. d. M., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn **Heineke**, Friedrich Karlstraße 11.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Jöhl** über: „Aus der Urgeschichte der Erde“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Beisitzer und der Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.

## Vertrauensmänner-Versammlungen:

**Wedding und Gesundbrunnen:** Am Montag, den 22. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im **Kolberger Salon**, Kolbergerstraße Nr. 23.  
Tagesordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Kollegen der Werkstätten werden ersucht, sich durch Vertrauensmänner vertreten zu lassen.

**Westen und Südwesten:** Montag, den 22. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Zubill**, Lindenstraße 106.  
Tagesordnung: Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist notwendig, dass alle Werkstätten des Bezirks durch Delegierte vertreten sind. Die Sitzung wird pünktlich eröffnet.

**Mittwoch, den 21. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Cohn's Lokal, Genthstraße 20-22:**

## General-Versammlung.

Montag, 29. Juli, in den Räumen der „Neuen Welt“:

### Sommer-Fest

unter Mitwirkung des Gesangs. **Kreuzberger Harmonie.**  
Auftreten sämtlicher Spezialitäten etc.

Billets à 25 Pf. sind auf allen Zahlstellen des Verbandes, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. 76/77

**Kranken- und Begräbnisfrage der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen zu Berlin (G. S. Nr. 24).**

Am Sonnabend, den 27. Juli 1895, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im **Louisenstädtischen Klubhaus**, Mittenstraße 16:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht pro 2. Quartal 1895. 2. Bericht des Vorstandes.  
3. Kassenangelegenheiten.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.  
**Fr. Freudenreich**, Vorsitzender **Bruno Gröblicher**, Kassierer,  
Wilmannsstr. 18 l. Wasserthorstr. 14 i. L.

## Verein der Schäftebranche.

Sonnabend, 20. Juli, abends 9 Uhr, bei **Wernau**, Rosenthalerstr. 57:  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. 84/1

## Achtung!

# Fachverein der Holz- u. Bretterträger

Berlins und Umgegend.

Sonntag, 21. Juli, vormitt. 10<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Brach**, Schönleinstr. 6:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1895. 2. Vereinsangelegenheiten.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. 84/1

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Am Sonnabend, den 20. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Witzel**, Ackerstr. 145, vis-à-vis der Markthalle:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: „Maltheus und seine Verdüsterungstheorie“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
141/5 **Der Vorstand.**

## Fachverein der Stellmacher.

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 21. d. M., vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Brüss**, Colingrabenstraße 41:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Klassenkämpfe“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Abrechnung vom Vergangenen. 5. Verschiedenes. 150/1 **Der Vorstand.**

# Achtung! Zimmerer! Achtung!

## General-Versammlung

des **Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgeg.**  
Sonntag, den 21. Juli, vormittags präz. 10 Uhr, in **Cohn's Lokal**, Genthstr. 21 (großer Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Plankuch** über: „Generalstreik“. 2. Abrechnung v. 2. Quartal 1895. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Zutritt hat jeder Zimmerer. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.  
[257/1] **Der Vorstand.**

## Weißensee. Restauration „zum Pfeifen-Müller“

(Verkehrlokal der hiesigen Genossen)  
hierdurch den Besuchern des Sängersfestes freudl. Beachtung empfohlen.

**Achtung!**  
Zahnersatz, auch Zahnbühl, wöchentl. 1 Mark. **Gudel**, Lausiger Platz 2, Gfasserstr. 12.

## Bruchbandagen

aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfohlen.

**J. Ch. Pollmann**, Linien-Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

## Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Commer-Paletots, Anzügen, Röcken, Jaquets, Hosen, Westen, Hüten, Stiefeln** etc. ferner **Betten, Wäsche, Waschkessel, Koffer, Schirme** billig und gut kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in alt u. neu.

## A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler,

127 Skalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.  
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.



So was soll Jedermann erfahren.  
Revolvier von 5 Mk. an,  
Faschinen-Zerschn von 250 Mk. an,  
Garten-Zerschn von 7 Mk. an,  
Jagd-Karabiner von 15 Mk. an,  
Schleibendbüchsen von 15 Mk. an,  
Centralfeuer-Doppelpistolen von 20 Mk. an,  
Gewehr-Gal. 16 von 20 Mk. an,  
Engl. Pistolenknäppel 1.50 Mk. an,  
Kust-Bistalen von 3 Mk. an,  
Yast-Gewehr von 8 Mk. an,  
Zehlgänge von 50 Mk. an,  
Pflugschnepper von 1 Mk. an,  
Cahenmesser von 2 Mk. an  
verändert gegen Postnachnahme. Anzahlung gestattet.  
Verschiffen mit 100 Bildern gratis.  
**Hippolit Mehles**,  
Berlin W., Friedrichstraße 158.

## Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meinem größten **Möbelspeicher, Neue Königsstr. 59, vorn l.**, sollen sofort ca. 150 Wohnungseinrichtungen, verlegene gewesene u. neue Möbel zu jed. annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90, 150, 300 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirtshäuser zu 1000 bis 5000 M., also billiger wie jede Konkurrenz. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung, ohne große Preisverhöhung. Kleiderständer 15, Kommode 9, Küchenspind 12, Stühle 2 Mark, neues Ausb. Kleiderständer 30, Muschelständer 35 M., Bettstellen mit Matratzen, Kleintischen 18, Sophas 15 M., Säulen-Kleiderständer, hochlegant 56, Truemeubel mit Säulen 60 M., Cylinderbureau, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsekretäre 30, Plüschgarnituren 60, neue 100 Mark. Paneelepohas, Chaiselongue, Salongarnituren, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbellager zu besichtigen. Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungsschreibern lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

## !! Teppiche !!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbentzern in Germania, Brüssel und Plüsch zu spottbilligen Preisen.  
Größe 188x200 cm = 3,-, 5,-, 8,00 M.  
170x250 „ = 5,75, 11,50, 13,50 „  
200x300 „ = 8,00, 13,-, 17,- „

Portieren in reiner Wolle, das Stück 2,00 M.

Steppdecken in allen Farben, reine Wolle, 160 x 200 cm, das Stück 5,50 M. [72M]

**Otto Büchler, Berlin C.,**  
Königstr. 26, Ecke Klosterstr.  
Versand-Abtheilung D.

## Rohrtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise  
Lager in Formen, Bockfajons.  
**Heinrich Franck**,  
Nr. 185, Grannestraße Nr. 185.

**L. Figner**  
Handtuch-Verleih-Institut  
N. O. Neue Königstr. 17  
Fernsprecher Amt 7 N: 2087.  
Handtuch und Seife 10 Pf. per Woche

# Achtung! Sattler! Achtung!

Zu der am Sonnabend, den 20. Juli, stattfindenden **Dampfer-Nacht-Partie** nach der Borussia-Brauerei mit nachfolgendem **Sommernachtsball**, sind noch Billets in beschränkter Zahl in den Cigarren-Geschäften an der Zannowitzbrücke unter der Stadtbahn, sowie bei **Gesche**, Brangelstr. 63, zu haben. Gäste willkommen. 156/4  
Die beiden Versammlungen des Verbandes der Sattler und Tapezierer fallen an diesem Abend aus. Die Ortsverwaltung.

## Ausflug

des **Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen**  
am Sonntag, den 21. Juli  
nach **Senftleben's Volksgarten**, Johannisthal.

Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof: früh 8 Uhr. — Unter anderen Vergnügungen findet ein großes **Preisenspielen** für Herren auf der Regeldahn statt. 2245b  
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

**Brauerei Friedrichshain (am Königsthor).**  
Am Sonnabend, den 20. Juli 1895:

## Gr. Sommernachts-Ball

der Vereingung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen (Filialen Berlin Nord und Ost).  
Damen-Billet 25 Pf. Herren-Billet 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Der Garten ist von 4 Uhr ab geöffnet.

Der Eingang zum Saal ist nur durch den Garten.

Billets sind zu haben bei den Bevollmächtigten beider Zahlstellen und in folgenden Lokalen: Norden: Bei **Warten**, Ackerstr. 123; Leder, Gohlwitzerstr. 8; **W. e. i. s.**, Pulverstr. 10. Osten: **Jahn**, Schönleinstr. 23; **Tempel**, Gr. Frankfurterstr. 16. — Um zahlreichen Besuch bittet **Das Comitée.** 176/1

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer

G. S. 36. (Vereinigte Filialen Berlins).  
Sonnabend, den 20. Juli 1895, in der „Neuen Welt“,  
Gasenstraße 108-112: 180/1

## Sommerfest.

Großes Concert, Auftreten sämtlicher Spezialitäten, Land- und Wasserfeuerwerk, gr. Alpenlügen, Festball, Kinderbelustigungen, Puppen-Theater und Päckelzug, zu dem jedes Kind eine Fadel gratis erhält.

Die Kaffeeküche ist den Damen von 2 Uhr ab geöffnet.

Billets à 30 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.

NB. Am 20. Juli bleiben sämtliche Zahlstellen geschlossen.

Da der Reinertrag zur Unterstützung hilfsbedürftiger ausgeleierter Mitglieder bestimmt ist, bittet um zahlreichen Besuch **Das Comitée.**

**Victoria-Säle, Rixdorf, Hermannstraße Nr. 48-50.**  
Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr:

## Gr. Extra-Vorstellung, verbunden mit Sommernachts-Ball

arrangiert von der **Theatergesellschaft „Freier Wille“** (Mitglied des Bundes der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend).  
Zur Aufführung gelangen u. A.: **Soloscenen, Duette.**  
Der **Kesselflicker Thomas** oder: **Alte Sünder — Alte Sünder.**  
Charakterbild mit Gesang in 2 Akten von A. A. n. o.

Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Sonntag, morgens 4 Uhr: **Gemüthl. Kaffeekochen im Garten.**  
Anfang 8 Uhr. **Ende ? ? ?**  
Programms à 20 Pf. berechtigten zum Eintritt. 2246b

# Achtung! Zum Sängersfest in Weißensee! Achtung!

Auf vielseitiger Anregung errichten wir am nächsten Sonntag im **Sternchen** einen **Wurst-, Brot- u. Butter-Verkauf**. Wir werden zu unseren üblichen Markthallenpreisen alle Waaren in bekannter Güte den Genossen und Damen zur Verfügung stellen. Das lästige Mitnehmen von Stullen etc. bleibt somit jedem erspart. — Wir werden für ausreichende Vorräthe und prompte Bedienung Sorge tragen; hoffen in anbetrach der großen Risikos, der enormen Unkosten (Platzmiete, Transport etc.) auf allgemeine Unterstützung aller Festtheilnehmer zu unserm Unternehmen. 2296b  
**Fr. Wilhelm Arndt und Theodor Dachow.**

## Schweizer Garten.

Am Königsthor. Täglich: Am Friedrichshain.  
**Konzert und Vorstellung.**  
Nette Matrosen. — Die Allerweltswittwe. — Ein moderner Rasirsalon. — Lebende Bilder u. Spezialitäten.  
Volksbelustigungen und Gall.  
Von 5-7 Uhr: **Freier Damentanz.**

## Hanckel's Ablage, Käppel's Restaurant.

Wald, Wasser und dicht an der Station gelegen, empfiehlt sich zu Ausflügen etc. Kaffeekeho. Gute Speisen und Getränke. Ausspannung.

## Ostbahn-Park

Rödersdorferstr. 71. Am Kästriner Platz.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Regie: N. Hintsche.  
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirectors **B. Carlson's**.  
Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird.  
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Peggelbahnen zur Verfügung.  
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

**C. Freund's Inselgarten**  
auf **Pichelswerder.**  
Empfehle allen Vereinen, Gesellschäften etc. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Frühstücks-Haltestelle. Bei Freizeiten wird Bräutigamsrückgang vergütet.